

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Oskar Splett
Franz Ansprenger
Fritz Schatten

Das Afrika der Gegenwart

B 5/64

29. Januar 1964

Oskar Splett, Dr. phil., Generalsekretär
der Deutschen Afrika-Gesellschaft, geb. 22.
September 1911 in Jüterbog.

Veröffentlichung u. a.: Afrika und die Welt,
Bern/München 1955.

Franz Ansprenger, Dr. phil., Akade-
mischer Rat am Otto-Suhr-Institut der Freien
Universität Berlin, geb. 18. Januar 1927 in
Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Politik im Schwarzen
Afrika, Köln/Opladen 1961; Afrika — eine
politische Länderkunde, Berlin 1964².

Fritz Schatten, Soziologe und Publizist,
leitender Redakteur der Deutschen Welle,
Köln, geb. 18. Februar 1930 in Guben.

Veröffentlichungen u. a.: Afrika — Schwarz
oder Rot?, München 1961; Nationalism and
Communism in Tropical Africa, in: Polycen-
trism, New York 1962; Der Konflikt Moskau—
Peking, München 1963.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Königstraße 85.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänse-
markt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:
Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und
Zeitgeschichte“

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum
Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustel-
lung

Bestellungen von Sammelmappen für die Bei-
lage zum Preise von DM 5,— zuzüglich Ver-
packungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus
Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Mei-
nungsäußerung der herausgebenden Stelle
dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung
und Urteilsbildung.

Die politische Gegenwart Afrikas

Der Nationalstaat in Afrika

In der hier folgenden Abhandlung soll ein Überblick gegeben werden, welche Staatenbildungen inzwischen in die Oberfläche dieses Kontinentes eingetragen worden sind, wie sich der politische Wille kristallisiert und welche Außenpolitik über die Grenzen der einzelnen Nationalstaaten und des Kontinentes hinausdringt.

Herkunft

Die staatlichen Gebilde entstammen bisher den Händen der kolonialen Schutzherrn: Aus deren Verträgen mit Stammeshäuptern und deren gegenseitigen Auseinandersetzungen ist der Umriß der heutigen Nationalstaaten hervorgegangen. Lediglich die Herauslösung der ehemaligen britischen Southern Cameroons aus dem nigerianischen Bundesstaat und die Angliederung an Kamerun, die Eingliederung Eritreas in das Kaiserreich Äthiopien und Spanisch-Marokkos sowie Tangers in das Königreich Marokko, der Zusammenschluß von Italienisch- und Britisch-Somaliland haben den Umriß von Staaten postkolonial verändert. Die Sorge, das souveräne Schicksal überhaupt zu verlieren, ist so stark, daß mit aller rhetorischen und tatkräftigen Polemik für deren Erhaltung in Ghana, Togo, und Kenia gestritten wurde. Auch die Vereinten Nationen haben im Treuhandausschuß oder in der Vollversammlung keine darüber hinausführende Weisheit bewiesen, sondern haben stets für die Erhaltung der kolonialen Abgrenzung gewirkt und so eine Mehrzahl auf die Dauer nicht lebensfähiger souveräner Kleinstaaten, oft sogar kleiner Binnenstaaten, oder unorganische Großstaaten entstehen lassen. Ohne hartgemünzte und andauernde Entwicklungshilfen oder spätere Souveränitätsverzichte zugunsten organischer Großstaaten werden Staatskonkurse in verschiedenen Gebilden nicht zu vermeiden sein.

Nation

An dieser Stelle ist es notwendig, das Wort Nation aus der afrikanischen Wirklichkeit heraus zu definieren. Sehr im Unterschied zur europäischen Neuzeit mit ihrer Entwicklung

auf Nationalstaaten hin beruhen die afrikanischen Nachfahren weder auf einer Siedlungsgemeinschaft, noch auf einer Sprachgemeinschaft, Religionsgemeinschaft, Schicksalsgemeinschaft oder einem gemeinsamen Volkstum. Nahezu in jedem afrikanischen Nationalstaat leben Nomaden und Seßhafte, teils in gegeneinander abgegrenzten Räumen, teils schon in gegenseitiger Durchdringung, zusammen. In jedem Staat, sogar in jeder Hauptstadt werden eine Vielzahl verschiedener Sprachen gesprochen, so daß nur die Verwendung der europäischen Fremdsprachen eine gegenseitige Verständigung ermöglicht. In einem Gottesdienst in

Franz Ansprenger

Staat und Gesellschaft

im neuen Afrika S. 18

Fritz Schatten

Zur kommunistischen

Afrikapolitik S. 26

Accra muß jeder Satz des Predigers aus Ga in Twi, aus einer einheimischen Sprache in eine andere übersetzt werden. Als sich afrikanische Studenten aus Sierra Leone und Nigeria auf einem Empfang in Bonn Sékou Touré vorstellen lassen wollten, bedurften sie des deutschen Dolmetschers. In jedem Staat leben Mohammedaner, Christen und sogenannte Animisten nebeneinander. Nur die Islamische Republik Mauretanien, die Republik Algerien, das Königreich Marokko, das Königreich Libyen, Ägypten, das Kaiserreich Äthiopien und Somalia haben verfassungsmäßig eine Weltreligion als staatlich legitimierte Grundlage. Im Sudan sind Tendenzen auf eine völlige Islamierung spürbar. Ein gemeinsames Schicksal hat nur in der Kolonialzeit dem Scheine nach bestanden, ist aber von den Bevölkerungen niemals als solches empfunden worden.

Die Nation in Afrika gewinnt allein aus dem politischen Willen einzelner oder bestimmter

Führungsgruppen Gestalt. Sie wird von oben nach unten dem zufällig in koloniale Grenzen eingeschlossenen Staatsvolk aufgeprägt und wächst nicht nach europäischem Vorbild von unten nach oben. Sie hat mehr Gewalttames als Organisches an sich. Jedoch hat sie noch keine eindeutige Definition gefunden: Es wird mit derselben Geläufigkeit von der nigerianischen Nation und von der afrikanischen Nation gesprochen, je nachdem dem Staatsgedanken oder dem menschlichen Zusammengehörigkeitsgefühl im kontinentalen Rahmen größeres Gewicht beigemessen wird. In den Köpfen herrscht keine Klarheit, und es gibt schon gar keine den eigenartigen afrikanischen Verhältnissen entsprechende Benennung. Die Verquickung der staatlichen und kontinentalen Horizonte wurde von Sékou Touré dadurch versucht, daß er jedem gebürtigen Afrikaner die Erwerbung der guineanischen Staatsangehörigkeit ermöglichte, und von Senghor ein Kompromiß in der Weise vorgeschlagen, daß Afrika den Umriss der Nation gebe, der jeweilige Staat jedoch das Vaterland darstellen würde. Zu derselben Zeit bleibt aber für die Mehrheit der Afrikaner im Gefühl das Dorf, der Stamm, die Religion die Abgrenzung der Gemeinschaft, während das Nationalbewußtsein in den Großstädten und an den Hochschulen wächst.

Die Nationalbewegungen

Den äußeren Anstoß für das aktive Handeln der Nationalbewegungen bot die Landung amerikanischer Truppen in Nordafrika, weil von ihnen die Verwirklichung der Atlantik-Charta erwartet wurde. Die am 14. August 1941 von Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill verkündeten Grundsätze lauteten nämlich: „Beide Staaten achten die Rechte aller Völker, jene Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, und sie wünschen die Souveränität und die Selbstregierung überall wiederhergestellt zu sehen, wo sie zwangsweise aufgehoben wurden.“

Unter dem Schutz der Nordamerikaner ist Habib Bourguiba, der heutige Staatspräsident, 1943 nach Tunesien zurückgekehrt. Ein Jahr später werden die Union Démocratique du Manifeste Algérien und die Marokkanische Unabhängigkeitspartei Istiqlal, dann 1946 von der Elfenbeinküste ausgehend die Rassemblement Démocratique Africain für alle französischen Gebiete im schwarzen Afrika und die Mouvement Démocratique de Renovation Malgache auf Madagaskar gegründet. Die Teilnahme der kommunistischen Partei Frank-

reichs an der ersten Nachkriegsregierung beschleunigte die Organisierung der Nationalisten.

Eine entsprechende Entwicklung setzte etwas später in den britischen Kolonien ein. 1944 wird Dr. Azikiwe, der Präsident des nigerianischen Bundesstaates, Generalsekretär des National Council of Nigeria and the Cameroons, 1946 kehren Yomo Kenyatta, der spätere Leiter der Kenya African Union und heutige Regierungschef Kenias, und ein Jahr später Khame Nkrumah, der heute Staatspräsident Ghanas, in ihre Heimat zurück. Sie alle können damit rechnen, daß die Nachkriegsregierung der Labour-Party den Aufbau der Nationalbewegungen dulden, wenn nicht überhaupt, ebenso wie die Gründung der Gewerkschaften, fördern wird.

In den Köpfen der Nationalisten quirlten Gefühle und Gedanken, staatspolitische Ideen sehr verschiedener Herkunft und magische Weltvorstellungen, abendländische Theorien und praktische afrikanische Lebenserfahrungen durcheinander. Außerdem gingen in einer Person sehr oft maßloses Rassenbewußtsein, ungestillter persönlicher Ehrgeiz und innerer Aufstand, sowohl gegen die einheimischen traditionellen Verhältnisse als auch gegen die koloniale Abhängigkeit, eine Verbindung ein. Jede Gelegenheit, das persönliche Kraft- und Freiheitsgefühl zu dokumentieren, wurde wahrgenommen. Es fiel ihnen deshalb schwer, ein klares Programm zu formulieren. Für die meisten von ihnen traf eine Darstellung der Jugendideologien analog zu, wie sie von dem deutschen Pädagogen Eduard Spranger (Kulturfragen der Gegenwart, 1953) gegeben wurde. „Für Jugendideologien sind die weite Streuung der Ideale, ebenso der Radikalismus und der Fanatismus charakteristisch.“ Eine solche Bewegung hatte nach seiner Meinung kein Programm. „Entsprechend äußert sie sich auch mehr im Schwung der Gefühle und in umrißlosen Gesichtern.“ Darin könnte „eine Kraft enthalten sein, vorausgesetzt allerdings, daß sie sich mit dem Willen zum Wachstum und zur Tat verbindet“. Gerade dieses war aber bei den arabischen und den schwarzen Nationalisten der Fall.

Die Staatsgründung

Nach den Regeln des Völkerrechts sind in Schwarz-Afrika, mit Ghana beginnend, von 1957 bis Anfang 1964 29, in Nordafrika seit der nationalen Emanzipation Ägyptens unter König Faruk von 1922 bis zur Gegenwart sechs souveräne Nationalstaaten gebildet worden,

die der rechtlichen Form nach vollkommen unabhängig sind. In wirtschaftlicher Beziehung entbehren jedoch diese ehemaligen Filialen außerafrikanischer Mutterländer, deren Einzelteile nur durch eine zahlenmäßig schwache Kolonialverwaltung miteinander verklammert wurden, der tatsächlichen Souveränität. Die Gründe liegen darin, daß die Produktion der Ernährung, Kleidung und Behausung des Staatsvolkes mit der Bevölkerungsvermehrung und den ansteigenden Ansprüchen nicht Schritt halten und die Kapitalüberschüsse, die für Erziehung, soziale und wirtschaftliche Veränderungen erforderlich sind, im eigenen Lande nicht aufgebracht und wegen der meist vorherrschenden Monokulturen auch nicht durch Exporte gewonnen werden können. Außerdem beginnt dieses Ringen um die wirtschaftliche Selbständigkeit in einem historischen Augenblick, in dem die nationale Autarkie im allgemeinen der Vergangenheit angehört und als volkswirtschaftliche Konzeption zugunsten der weltumspannenden wirtschaftlichen Verflechtung aufgegeben wurde.

Erschwerend treten hinzu der Nachholbedarf, der sich in den Projekten der Entwicklungspläne darstellt, das Absinken der Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Rohprodukte, die Übersättigung des Weltmarktes mit strategischen Rohstoffen und der Mangel an verarbeitenden Industrien im Nationalstaat selber. Die Präsidenten der Regierungen der afrikanischen Nationalstaaten empfinden die praktisch eingeschränkte Selbständigkeit als einen belastenden Mangel. Deshalb werden die in den Regierungen zusammengefaßten Energien auch in erster Linie für die Schließung dieser Lücke und erst in zweiter Linie für die allgemeine Entwicklung der Bevölkerung eingesetzt. Umwandlung der passiven in aktive Handelsbilanzen mit dem Ziel der Devisengewinne für Investitionskäufe, Vorbereitung der wirtschaftlichen Souveränität, notfalls Autarkie durch Ausbau des binnenländischen Verkehrsnetzes, der Überseehäfen, durch Aufbau landwirtschaftlicher Sekundärindustrien (Seifen-, Zucker-, Saft-, Fisch-, Schuh-, Zementfabriken, Kakaoverarbeitung, Holzverarbeitungen), durch Prospektion und Ausbeutung der Bodenschätze, durch Ausfischen der Binnengewässer und des ozeanischen Schleppnetzgebietes, sind die vorgezogenen Maßnahmen. Da die Gründung eines Nationalstaates in voller Unabhängigkeit das Kampfziel der Nationalbewegungen gewesen ist, erklärt bereits die bei der Gründung gegebene und durch die Entwicklungspläne verstärkte Situation den Primat der Politik, der die afrikanische Gegenwart charakterisiert.

Alle jungen Nationalstaaten wurden nach dem Bilde der parlamentarischen Demokratie oder konstitutionellen Monarchie gegründet. Ihre Unterschiede liegen nur in der Anwendung des allgemeinen, für beide Geschlechter gleichen oder des den Männern vorbehaltenen Wahlrechtes. Der in britischen Gebieten vorliegende Entwurf eines vom Bildungs- oder Vermögensstand ausgehenden qualifizierten Wahlrechtes mußte vollkommen dem Naturrecht der politischen Mitbestimmung weichen. Bemerkenswert ist, daß die Staatsangehörigkeit, von der die Wahlberechtigung abhängt, stillschweigend immer von der afrikanischen rassischen Abstammung und nicht vom Geburtsort abgeleitet wurde, also sogar weiße in Afrika geborene Staatsbürger ausschloß. Diese Vorgänge geben auch einen Hinweis, wie eine Änderung der politischen Verhältnisse in der südafrikanischen Republik von afrikanischer Seite gestaltet würde.

Außerdem trat in den Gründerjahren jene andere Verschiedenheit hervor zwischen föderalistisch gegliederten Bundesstaaten und von vornherein straff zusammengefaßten Einheitsstaaten, zwischen solchen, die von vornherein nur eine aus allgemeiner Wahl hervorgegangene parlamentarische Kammer, nämlich die Nationalversammlung, und anderen, die mit Rücksicht auf die traditionellen Führungskräfte ein Zweikammer-System vorsahen. In vielen Staaten ist der erste Zwiespalt zwischen dem Wortlaut der Konstitution und der Verfassungswirklichkeit dadurch aufgebrochen, daß eine immer klarere Durchformung zum Einheitsstaat mit einer einzigen parlamentarischen Kammer, in der schließlich nur noch eine einzige Partei auftritt, durchgesetzt wurde. Solche Ansätze konnten etwa in Ghana ohne zu große Hemmungen verwirklicht, mußten aber zum Beispiel im Kongo (Leopoldville) mit Rücksicht auf die zentrifugalen Kräfte der Stämme und Provinzherren wieder zurückgenommen werden. Doch haben sich gerade auch alle Parteien Katangas zu einer Organisation zusammengeschlossen. Während es sich in Schwarz-Afrika — mit Ausnahme der Königreiche Ruanda und Burundi — um eine Auseinandersetzung zwischen republikanischen Staatsgedanken und dem Stammesgefühl handelte, hat im Königreich Marokko die Auseinandersetzung zwischen gleichartigen Gewalten, vor allem zwischen dem Pascha von Marrakesch und dem Sultan, zu einer Überlegenheit der Zentralgewalt geführt. Diese muß allerdings nun noch den Kampf mit den republikanischen Kräften der Gewerkschaften und einzelner Parteien bestehen. Im gegenwärtigen Augenblick können nur noch Nigeria, mit Vorbehalt Kamerun,

Kongo (Leopoldville) und Libyen als Bundesstaaten bezeichnet werden, die sich durch das Wirken regionaler Landesregierungen und Landtage kennzeichnen lassen. Inzwischen haben in vielen Ländern Verfassungsrevisionen stattgefunden, die in erster Linie die Stellung des Staatspräsidenten gegenüber dem Parlament eindrucksvoll verstärken und damit der Exekutive vor der Legislative als Kristallisationskern der politischen Gestaltung den Vorzug geben. Selbstverständlich gibt es in jeder historisch-politischen Entwicklung das Bild bestimmende Dominanten neben rezessiven Strömungen. Es scheint jedoch, daß eine Verfassungsentwicklung von der parlamentarischen Demokratie der Gründungsakte über ein durch Revisionen hergestelltes Präsidialsystem zu der Parteidiktatur führen kann, in der das Politbüro sowohl der Exekutive als auch der Legislative übergeordnet ist. Das Resümee der bisherigen Entwicklung ist in der algerischen Verfassung gezogen worden. Auf jeden Fall können wir schon heute, wenn wir europäische Begriffe zu Hilfe nehmen und zusammenflicken wollen, von einer „gelenkten“ Demokratie als der den Tatsachen in Afrika gemäßen Verfassungswirklichkeit sprechen. Jedoch wird niemand heute entscheiden wollen, ob damit eine endgültige oder nur den Tagesnotwendigkeiten angepaßte vorübergehende Form gefunden wurde. Auf jeden Fall bleibt die Frage noch offen, ob von afrikanischer Seite eigene Formen für die staatsrechtliche Struktur gefunden werden, die als Neubildung neben den bereits in der Antike ausgeklügelten Mustern angesehen werden könnten. Zumindest ist in der Zeitgeschichte diese Entwicklung der Gestaltung des staatlichen Skeletts ein Ausdruck der Niederlage der traditionellen Eliten im Wettbewerb um die Regierungsgewalt mit den intellektuellen oder den aus Armee und Gewerkschaften hervorgehenden militanten Führungsgruppen.

Führungskräfte

Schon in einem raschen Überblick über das politische Geschehen innerhalb der afrikanischen Länder heben sich drei verschiedene Elitegruppen voneinander ab: Neben der traditionellen Oberschicht erscheinen die Intellektuellen und die revolutionären Führer. In Afrika beruhte bis zum Eindringen der Kolonialmächte jede Autorität auf der Zugehörigkeit zu einem Herrscherhaus oder zu einer der führenden Familien. Diese Vorrangstellung war meist in harten blutigen Kämpfen errungen worden. Nur einzelne besaßen noch als Zauberer, Medizinmänner oder als heilige Männer einen hervorragenden Einfluß. Irdische

Überlegenheit oder die Vertrautheit mit überirdischen Mächten waren also die beiden Quellen der Macht.

In den Gründungsjahren der Nationalstaaten waren Ober- und Unterhäuptlinge und Vorsteher (headmen) nicht nur nach Wirkungsbereich und Machtfülle, sondern auch nach ihrer Legitimation zu unterscheiden. Ihre Stellung beruhte teils auf der Erbfolge, teils auf der Wahl des Stammes, teils auf der Ernennung durch die europäischen Verwaltungen. Ihr Machtbereich entsprach entweder den Wohngebieten von Klans, Stämmen und Stammesgruppen oder Landschaften und Verwaltungsräumen, die rücksichtslos eingeteilt worden waren. Die Ausübung des Steuerrechts oder der Gerichtsbarkeit wurde ihnen von den Schutzmächten oder den souveränen Regierungen zugebilligt. Die ganze Vielfalt der Formen, die etwa das europäische Grafenamt im Laufe der Jahrhunderte durchwandert hat, war bis vor kurzem im afrikanischen Häuptlingtum anzutreffen.

Die Bezeichnung „intellektuelle Elite“ ist ein zu Hilfe gerufener Sammelbegriff im Unterschied zu den revolutionären oder traditionellen Führungskräften. Die Angehörigen dieser Gruppe haben am meisten zur Auflösung der Stämme beigetragen. Haben sie einmal ihre Heimat verlassen, so kehren sie kaum noch zurück. Sie sammeln sich genau so wie das Proletariat in den großen Städten. Ihre Entwurzelung beginnt schon im Zusammenleben mit anderen Afrikanern: 1954 sind am ostafrikanischen Universitätscollege Makarere 449 Studenten aus achtzig verschiedenen Stämmen zwischen Äthiopien und Nordrhodesien zusammengekommen. Der entscheidende Schritt zur Lösung aus der überlieferten Umwelt erfolgt mit der Aneignung außerafrikanischer Bildungsgüter, die sich nur über das logische Denken und eine abendländische Sprache erschließen. Am Ende steht die Formulierung eines politischen Programmes, das das Weiterleben der Stammesgemeinschaften überhaupt verneint. Zu der intellektuellen Elite gehören als zweite Gruppe diejenigen, die zwar auch durch die Missionsschulen gegangen sind, jedoch ohne akademische Grade zu politischer Führung gelangten und einen besonders engen dauernden Kontakt mit den Missionskirchen halten. Der dritte Zweig dieser Eliteschicht stammt aus dem Wirtschaftsleben. Im Bundeskabinett von Nigeria sind die Großkaufleute, Kakaofarmer und Manager überseeischer Firmen ebenso vertreten, wie die Geschäftsleute im Gesetzgebenden Rat von Uganda ein Drittel der gewählten Abgeordneten stellten. Der ermordete Staatspräsi-

dent von Togo, Sylvanus Olympio, ist als Mitarbeiter von UNILEVER zur politischen Persönlichkeit geworden. Diese Gruppe, deren Mitglieder oft keine gehobene Schulbildung besitzen, darf nicht unterschätzt werden. Für unsere von außen herantretende Erkenntnis ist hier festzuhalten, daß Worte wie Analphabet oder Intellektueller nicht zu sehr mit den extremen Vorstellungen unserer durch die allgemeine Schulpflicht charakterisierten Schriftkultur verbunden werden dürfen. Es gibt führende Menschen in Afrika, zumindest in deren Wirtschaft, die vielleicht nicht schreiben, aber ausgezeichnet rechnen können. Rückblicke auf die karolingische Zeit des Abendlandes können uns das Verständnis der afrikanischen Gegenwart in dieser Beziehung vielleicht erleichtern.

Neben den traditionellen und intellektuellen Führungsgruppen gewannen die aus militanten Verbänden hervortretenden revolutionären Eliten schon vor der Gründung der unabhängigen Staaten ein eigenes Profil. Bereits 1954 hatten sich die Offiziere der ägyptischen Revolution und die selbst-ernannten Feldmarschälle und Generale des aus Angehörigen der Kikuyu-, Embu- und Merustämme gebildeten Mau-Mau-Bundes hervorgetan. Diese hatten nur selten höhere Schulen besucht, vielmehr waren sie in der Praxis sozialer und innenpolitischer Auseinandersetzungen geschult worden. Neben die Herkunft aus Armeen und Untergrundbewegungen trat schließlich jene aus den Gewerkschaften. Der heutige Staatspräsident von Guinea, Sékou Toué, der jetzige Ministerpräsident des Kongo (Leopoldville), Cyrille Adoula, stammen ebenso aus diesen Organisationen wie der Keniaminister für Justiz und Verfassungsangelegenheiten, Tom M'boya. Die verhältnismäßig geringe Zahl von Gewerkschaftlern in den führenden politischen Positionen der Nationalstaaten erklärt sich — wie wir noch sehen werden — daraus, daß in dem Wettbewerb von Partei und Gewerkschaft als vorherrschende politische Kraft im Staate überall die Parteien die Oberhand gewannen. Sékou Touré und Tom M'boya haben deshalb rechtzeitig neben den gewerkschaftlichen auch parteipolitische Funktionen übernommen.

Auf einer in diesen Jahren stattfindenden innerafrikanischen Konferenz finden wir infolge der innerstaatlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre und des differierenden Weges zur Unabhängigkeit nebeneinander die Könige oder Kronprinzen von Libyen, Marokko oder Burundi, die in der Schule der Missionen aufgewachsenen Präsidenten von Tanganjika oder Kongo (Brazzaville), die in der

französischen Nationalversammlung als Politiker geschulten Präsidenten der westafrikanischen Nachfolgestaaten der französischen Herrschaft, den an außerafrikanischen Hochschulen zum Politiker gewordenen Präsidenten von Ghana neben dem aus einer traditionellen Herrscherfamilie stammenden Ministerpräsidenten der nigerianischen Nordregion und schließlich die Generale Abbud (Sudan) und Nasser.

Das Erstaunen, zumindest die Befriedigung außerhalb Afrikas, daß die zur Macht gelangten afrikanischen Politiker die mechanisch-wirtschaftlich-bürokratischen Anforderungen ihres Regierungsalltags bewältigen, hat bisher eingehendere Fragen nach dem Wachstum ihrer Person und ihrem geistigen Horizont hintangehalten. Langjährige Abordnung in das Parlament des kolonialen Mutterlandes, Besuch von Missionsschulen, Herkunft aus einer der traditionellen Oberschicht angehörenden Familie erscheinen als schnelle und ausreichende Erklärung für Tatkraft, Umsicht, Machtwillen und Organisationsgabe. Hinzu kommt, daß die bei der Beurteilung unwillkürlich als Vergleich herangezogenen leitenden Männer der Welt- und Großmächte auch dem Typ des Techno- oder Bürokraten näherstehen als dem der geistig aufgeschlossenen selbständigen Persönlichkeit. Und doch ließe sich gerade an diesen afrikanischen Führern, die mehr Bewußtsein und vor allem auch mehr Selbstbewußtsein als die Mehrzahl der Angehörigen desselben Staates haben, am ehesten messen, ob das Christentum in Schwarz-Afrika wirklich bis in unbewußte Schichten eingedrungen, oder nur in ein abendländisches Kostüm eingnäht ist, ob die Art des Politisierens vom Islam oder von altafrikanischer Mentalität geprägt wird, ob in diesen Personen künstlerische oder intellektuelle und politische Begabung in einem anderen Verhältnis als im heutigen Abendland stehen und welche Aussagen aus Herkunft, Physiognomie, Erziehung, spontaner Ausdrucksbewegung und Erlebnissen abzuleiten sind. Auch hier werden Unterschiede zwischen Afrikanern und Europäern sichtbar, da bei diesen der Unterschied von Stadt- und Landgeborenen bereits entscheidender ist als die landsmannschaftliche Herkunft.

Senghor hat einmal gesagt, Birago Diop, der Erzähler und Botschafter seines Landes, sei wie die meisten führenden Männer an der Grenze von zwei Stämmen geboren. Ähnliche Grenzsituationen sind allein schon aus der deutschen Geistesgeschichte gut bekannt: die Geburtsorte der meisten deutschen Philosophen liegen nahe der deutsch-slawischen Grenze. Der Wogenprall hat auch in der Geschichte der Kunstwerke oft einen Höhepunkt

hervorgehoben. Aber sind afrikanische und europäische Grenzsituationen identisch? Gibt Senghor durch den Hinweis auf die Herkunft vielleicht eine zu einseitige Erklärung, die durch das Erlebnis der Grenzsituation zwischen Altafrika und europäischer Zivilisation, zwischen einer bildhaften und einer mit Begriffen gegliederten geistigen Welt, zwischen assoziativem und logischem Denken viel zutreffender zu deuten wäre? Es bedarf eines sehr eingehenden Studiums des heutigen afrikanischen Menschen — keineswegs nur der Fragmente, die uns die Ethnologen einerseits, die Soziologen andererseits und schließlich die Geographen in einer teilweisen Zusammenziehung von Einzelheiten als Geographie des Menschen anbieten —, ehe ein Erfahrungsschatz vorliegt, der Erkenntnis gleichsam „auf Anhieb“ ermöglichen wird.

Es mag auch erwähnt werden, daß ein — nach mitteleuropäischen Erfahrungen — mit allen Merkmalen der Kühnheit ausgestattetes nordafrikanisches Gesicht eher einem Odysseus als einem Siegfried angehört oder daß es sehr schwer für Europäer sein dürfte, aus Ben Bellas oder Cyrille Adoulas Gesicht deren Charaktere zu enthüllen. Warum können wir in einem afrikanischen Gesicht so schwer lesen? Man kann sagen, daß Tom M'boya ein Afrikaner mit außergewöhnlich schmalen Lippen ist, aber dürfen aus einer solchen Beobachtung ähnliche Behauptungen abgeleitet werden, wie diese heute in Europa zutreffend wären?

Wenn wir von traditionellen, militanten und intellektuellen Eliten gesprochen haben, so ergeben sich diese Gruppierungen aus der notwendigen Zusammenfassung der Erscheinungen, aber wohl auch aus der Neigung in der europäischen Gegenwart, eher den anonymen Strömungen als den Einzelgestalten, mehr dem Typ als dem Individuum nachzuspüren. Ununterbrochen probieren wir auch schon bei der Beobachtung dem Leben eines anderen Kontinentes unsere Formen (Eliten, Persönlichkeit, Führungskraft, Diktator, Politiker) an, in der Hoffnung, eine von diesen werde passen und uns Einsichten gewähren. Läßt sich aber die „Persönlichkeit“ von abendländischen Wurzeln trennen und auf Ben Barka, Ben Bella, Habib Bourguiba, Abdel Nasser, General Abbud anwenden und damit in den Islam übertragen? Markante Gesichtszüge, rücksichtslose militante oder verschlagene Energie, außenpolitisches Händlertum, Redegabe genügen wohl nicht, um die abendländische Form zu erfüllen. Auch der Versuch, etwa Kwame Nkrumah mit Hilfe europäischer Tiefenpsychologie zu analysieren, trifft nicht, weil in die afrikanischen Tiefen einfach abend-

ländische Urbilder versenkt werden, anstelle auf die afrikanischen Erwartungen einzugehen, die sich auf einen Heilspender richten. Ein Kaleidoskop afrikanischer Staatspräsidenten zeigt auf den ersten Blick die Schwierigkeit der Einordnungen: Mauretaniens Präsident Moktar-Ould-Daddah, der im Zelt die Staatsgäste empfängt zu einem mit den Händen unmittelbar bewältigten Ehrenmahl, das Nomadentum im Blut — Kwame Nkrumah in chinesischer Politruk-Kleidung auf den beschützenden Stab gestützt und als Heiland des Landes geachtet und infolge der Attentate offenbar von einem wie immer gearteten Schock betroffen, nur dem Augenblick und dann wieder der kontinentalen Zukunft gleichermaßen hingegeben — Joseph Kasavubu, den vielleicht ein chinesischer Ahne in Passivität verharren läßt, neben Cyrille Adoula, der die Finessen des militanten Gewerkschaftlers anzuwenden weiß. Da steht der sprühende Obote (Uganda) neben dem verbissenen mit den Augen luchsartig flackernden Tom M'boya aus Kenia, Senghor, Professor, Dichter mit einer milden und einer harten Hand begabt, neben Kaiser Haile Selassie oder dem rustikalen Mba von Gabun. Eine Sonderstellung nehmen einige Führer französisch geprägter Länder durch die Heirat mit Französisinnen — Senghor, Bourgiba, Ould Daddah sind hier zu nennen — ein. Wer will den Einfluß dieser Frauen und der aus europäisch-afrikanischer, aus christlich-mohammedanischer Mischehe hervorgegangenen Kinder beurteilen?

Für die Zeitgeschichte ist die Beantwortung der Frage wichtig, welches Maß an politischer Tat- und Gestaltungskraft die Politiker Afrikas erkennen lassen. Wir übersehen zunächst nicht, das einigen wie Julius Nyerere mit geprüften Argumenten nachgesagt wird, sie seien zu groß für den Staat ihrer Zuständigkeit und daß andere, wie Kwame Nkrumah oder vielleicht auch Ben Bella, sicher aber Abdel Nasser, das Maß ihrer Fähigkeit weit überschätzen, wenn sie das gesamte Schwarz-Afrika oder den Maghreb oder den Mittleren Osten unter sich zusammenfassen wollen. Die Auflösung der Föderation von Rhodesien und Nyassaland, die Unruhe im Kongo, die Rivalität von Ruanda und Burundi, von Togo und Dahome deuten immerhin an, daß im allgemeinen der von der Bevölkerungszahl her definierte Kleinstaat von drei bis zehn Millionen Einwohnern der heutigen Tatkraft afrikanischer Politiker oder Politbüros entspricht. Alle größeren Einheiten werden einstweilen von Außenkräften organisiert und etwa im Kongo von UN-Truppen verklammert. Dort wird trotz der verwaltschaftsmäßigen Zerteilung Katangas und der

von sieben außerafrikanischen Staaten betriebenen Aufrüstung der Mobutu-Armee erst nach dem völligen Abzug der UN-Kontingente Klarheit zu gewinnen sein. Der Mammut-Staat Kongo ist m. E. in seiner Existenz nicht gesichert.

So bewundernswert die Gründer der afrikanischen Nationalstaaten in ihren Leistungen sind, so begrenzt scheint doch ihr Format zu sein. Vor einigen von ihnen liegen Aufgaben, die weit über jene der europäischen Reichsgründer hinausgehen, da sie gleichzeitig Völker und Landschaften zu nationalen Lebensräumen zusammenschmiedeten, Wildnisse in Kulturlandschaften verwandeln, großflächig wuchernde Erosionen bannen, Millionen von Menschen bilden und die staatliche Existenz inmitten von weltumspannenden Veränderungen behaupten und im Rahmen der Vereinten Nationen zur Geltung bringen sollen. Mit dem Glanz des Staatengründers versehen wichen diesen meist jugendlichen Persönlichkeiten manche Gegenkräfte aus, die sich inzwischen von den ersten Überraschungen erholen oder in das sichere Versteck des Unbewußten ausweichen. In kaum einem Lande, in dem keine legitime Erbfolge besteht, sind gleichartige Nachfolger zu erkennen, so daß vom Format der Politiker und vom Format der Aufgaben her auf eine Gruppennachfolge durch das politische Büro einer Partei oder in anderer Weise geschlossen werden kann. Nur so werden Rückschläge — wie sie etwa für die Zentralafrikanische Republik durch den Flugzeugabsturz Bogandas und für Nyassaland durch den Autounfall Chisizas eingetreten sind — aufgefangen werden können.

Die Instrumente der Politik

Auch die Mittel der Innenpolitik sind Nachahmungen außerafrikanischer politischer Organisationen. In der Gründerzeit standen in manchen Ländern Gewerkschaften, Genossenschaften und Parteien als gleichwertige Organisationen der sozialen Gruppen zur Verfügung. Die Entwicklung hat die politischen Parteien eindeutig als Willensadern der Regierung in den Vordergrund gerückt. Lediglich in den acht folgenden Staaten existieren noch mehrere Parteien nebeneinander: Burundi, Kongo (Leopoldville), Marokko, Nigeria, Ruanda, Sansibar, Sierra Leone, Uganda. Gerade noch besteht das Mehrparteiensystem in Kamerun, Kenia und Madagaskar. Das Argument der Afrikaner ist, daß sich ihre Staaten zur Zeit keine Zersplitterung der noch ungenügenden, für eine moderne Entwicklung einsetzbaren Kräfte leisten könnten und daß außerdem das aus den Abgeordneten einer Partei gebildete

Parlament den Gewohnheiten der uralten afrikanischen Demokratie am nächsten käme. Es sei immer Brauch gewesen, über die entstehenden Fragen so lange miteinander zu sprechen, bis alle einer Entscheidung zuzustimmen vermochten. Dieses sei besonders bei der Absetzung eines Häuptlings in Erscheinung getreten. Die Gewerkschaften werden in einigen Ländern geduldet, in anderen etwa in der Art der Arbeitsfront von der Regierung als ein nachgeordnetes Organ geleitet, wobei deren Entmachtung etwa in Ghana oder auch in Tansania gesetzlich festgelegt ist. Die Bedeutung und Wirkung der Genossenschaften ist von hier aus noch nicht übersehbar und bedarf erst der genauen Feststellung und Analyse.

Die Regierungen setzen daneben die Mittel des Staatssicherheitsdienstes und der Polizei ein. Die Streitkräfte dienten in ihren ersten Anfängen ohne Zweifel ausschließlich der Repräsentation. In einigen Ländern wurde dann mit dem Gedanken an Aggressionen oder an panafrikanische militärische Aktionen gespielt. Heute bilden die Streitkräfte im allgemeinen die Reservemacht der jeweils herrschenden Gruppen für die Bewältigung innerpolitischer Schwierigkeiten, wobei nachbarliche Waffenhilfe nicht ausgeschlossen ist.

Die Regierungen, die im übrigen die bürokratische Organisation der Kolonialschutzmächte für ihren Staatsbereich mit geringen Änderungen in den Zentralbehörden übernommen und nur personell afrikanisiert oder arabisiert haben, wollen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ihre Tätigkeit gegen traditionelle oder revolutionäre Gegenkräfte absichern, außerdem alle einem Fortschritt aufgeschlossenen Kräfte an sich binden und für die Entwicklung des Landes planmäßig einsetzen und schließlich die Gesamtheit der Bevölkerung in eine der Neuzeit angepaßte Façon bringen. Diesem Zweck dienen ebenso die Verbote der Vorführung amerikanischer Filme (Mali) als auch die gesetzliche Verpflichtung zur Arbeit oder die Einführung eines Arbeitsdienstes. Mit Zwang und Vorbild wird dieses Ziel zu erreichen gesucht. Deshalb ist die Einrichtung von Staatsfarmen, von Musterdörfern, von Bildungslagern verständlich.

Soziale Wandlungen

Die Konstruktion des Nationalstaates wird unter Anspannung des geduldigen oder revolutionären Willens der Führungsschichten, gehemmt durch deren Rivalitäten und persönliche Interessen, beschleunigt durch die Sehnsucht nach geschichtlicher Wirkung und Absicherung der einmal errungenen Macht, in den Mutter-

boden des Volkes hineingetrieben. Die Bevölkerung, die sich in ihrer Gesamtheit noch keineswegs als Angehörige einer Nation, etwa als Kongolesen, Tanganjikaner, Nigerianer empfindet, sondern eher als Massai, Bahutu, Yoruba oder Fulani, wird in den bisherigen Lebensordnungen, Vorstellungen und Empfindungen trotzdem immer mehr durch das Gestänge des neuen Staates aufgestört und verletzt. Von oben geplante und in der Selbstbehauptung der Großfamilien, Klans und Stämme erfolgende soziale Wandlungen geschehen gleichzeitig mit unwillkürlichen Veränderungen, die oft genug über die staatspolitischen Absichten hinausgehen. Manchmal scheint der Zerfall schneller als der Aufbau zu sein, so daß das Zukunftsbild eines Nationalstaates mit gestraffter Oberschicht, die sich Macht, Reichtum, Bildung und Repräsentation aneignet, und einer nicht mehr von Sitten, sondern nur von den Befehlen des Gesetzgebers und des Polizeikommissars in Ordnung gehaltene Masse der Einwohner als Fata Morgana aufsteigt. Wie wäre sonst der in der Zeit der staatlichen Unabhängigkeit anschwellende Umfang der Kanisterstädte bei gleichzeitiger prachtvoller Haus- und Hofhaltung der politischen Führer zu verstehen? Im jetzigen Augenblick werden die jungen Staaten in ihrem Bestand durch die Ruhe der Bevölkerung in der Bewahrung traditioneller Lebensordnungen, von der Sitte der Bekleidung oder Halbbekleidung über die Sitten der Viehhaltung und des Ackerbaues, der Familiengründung und der Mahlzeiten gewahrt. Es ist nicht nur die revolutionäre Tat der bis in das letzte Dorf vordringenden Politisierung durch die Einheitspartei des Staates, sondern auch die Revolution der Ansprüche, etwa das Aufgeben der lebenslang und alltäglich eintönigen Mahlzeiten, die Forderung nach voller Bekleidung für alle oder nach Verbeamtung und Besoldung der Dorfältesten, die junge Staaten aus den Grundfesten heraus erschüttern könnte. So aber ergibt sich das Paradoxon, daß die Grundfesten des Staates in Afrika heute noch durch die traditionellen Lebensverhältnisse gebildet werden.

Das Momentane der uns überall in Afrika entgegnetretenden Mentalität, die noch unzureichende Übung im Ausdenken und Festhalten der Zusammenhänge führen zu dem Eindruck, daß die sozialen Wandlungen auf ein ungewisses Ziel hin geschehen, das der Formulierung entbehrt und nur an außerafrikanische Muster anklingt, oft mehr unwillkürlich, von Gerüchten und mündlichen Erzählungen auf den Märkten und von Heimkehrern angeregt als verordnet. Wir sehen eine verwirrende

Fülle von Veränderungen, auf deren Gesamtheit das Stichwort Modernisierung zuzutreffen scheint; aber der Vermutung nach wird Modernisierung auf die Dauer in Afrika nicht Europäisierung werden, wenn sich auch sowohl politische Führungsschichten als auch außerafrikanische Gruppen dieser Hoffnung hingeben. Die einen glauben den Vorsprung der Entwicklung, den die Bevölkerung von Sowjetrußland über Europa bis Nordamerika dank abendländischer Ideen, Erfindungen und Methoden erzielt haben, nur so aufholen zu können, daß sie der alten Spur folgen — die anderen, die jetzt Afrika Entwicklungshilfen leisten wollen, versuchen ihre eigenen gut bewährten Lebensformen noch einmal in dem frisch gekneteten Teig der afrikanischen Menschheit auszustecken, mag es sich um die Verwandlung der Stämme und Großfamilien in die politischen Organisationen der Parteien, der Genossenschaften, der Jugendbewegungen handeln, mögen die Verstärkung durch Stadtplanungen nach außerafrikanischen Modellen bewältigt, die zusammenhanglose Menschenmasse aber durch Gewerkschaftsorganisationen in Form gebracht werden oder die Missionen als Nationalkirchen in eine neue Lebensstufe eintreten. Nun muß aber gesagt werden, daß der soziale Wandel zwischen den beiden Polen der traditionellen Sozialordnungen und den noch nicht endgültig bestimmten Sozialstrukturen der Zukunft in jedem Stamm, in jedem jungen Nationalstaat, in jeder Region sich sehr verschiedenartig vollzieht. Es ist ein Unterschied, ob Nomaden oder Seßhafte, ob große oder kleine Stämme, ob Yorubas aus Westafrika oder Bules aus Ostafrika, ob Sudan- oder Bantu oder Berbervölker, ob Gruppen mit britisch- oder französisch-kolonialer Prägung, ob Wüsten- oder Urwaldstämme in den Umschwung eintreten. Menschengruppen, die an eine Häuptlingsherrschaft gewohnt sind, bringen andere Voraussetzungen mit als Afrikaner, die aus einer matriarchalischen Ordnung stammen. Der soziale Wandel in Afrika schillert in allen nur denkbaren Möglichkeiten, und niemand wird die Voraussage wagen, ob sich wenige strenge Formen über die bisher wuchernde Vielfalt legen und welche Formen sich endgültig durchsetzen könnten. Das wird erst am Ende dieses Jahrhunderts zu übersehen sein.

Die Hauptzüge der Veränderungen lassen sich dagegen aus der Menge der Einzelvorkommnisse ablesen. Es sind die Zwischenformen der Entwicklung, die ohne Schwierigkeit nachgezeichnet werden können. Klan, Großfamilie oder Stamm gelten weithin als überholte Gemeinschaften, die von selbst zerbröckeln oder

durch den Eingriff junger politischer Kräfte zerbrochen werden sollen. Dies geschieht einerseits durch die zunehmende Anziehungskraft des städtischen Lebens oder durch die jahrelange oder saisongebundene Abwesenheit der Wanderarbeiter, die große Wegspuren vor allem durch den schwarzen Teil des Kontinents, zwischen der Sahara und dem Kap ziehen. Neuerdings haben Flüchtlingsbewegungen ähnliche Folgen. Diese gleichsam organische Zersetzung oder Auflösung der Stämme wird durch das international eingebürgerte Schlagwort „detrabilisation“ umrissen.

In gleicher Weise wirkt der gewaltsame Eingriff in das Stammesleben durch die machtpolitisch überlegenen Führer der Nationalbewegungen in der Auseinandersetzung zwischen Stammesgefühl und neu gefundenem Staatsgedanken, durch die Absetzung der Häuptlinge und Könige, die der politischen Macht enteignet und in der Gerichtsbarkeit eingeschränkt werden, die Herabsetzung der Medizinmänner, die Erteilung des Wahlrechtes an Männer und Frauen, durch das Vordringen der Einehe.

Wenn wir von Veränderungen sprechen, genügt es aber wohl kaum, die Verluste an traditionellen Formen zu beschreiben. Es gilt die neu auftauchenden Tatsachen zu charakterisieren. Als solche erscheinen oft die Umwandlung des Stammes in eine geschlossene Produktionsgemeinschaft. Das weltbekannte Musterbeispiel bieten die Wachagga, die auf den Abhängen des Kilimandscharo ihre Pflanzungen haben, ausgezeichnete Schulen und Einrichtungen zur Berufsbildung schufen und schließlich auch im Rahmen ihres Stammes von der legitimen Erbfolge der Prinzen zur Präsidialverfassung übergingen.

Ein anderer Weg wird durch das Umgießen einer Stammesgemeinschaft in die politische Organisation einer Partei beschritten. Von anderen Umständen abgesehen, wird dadurch zugleich die Existenz der einmal gegründeten Partei unauslöschlich. Die Führer und leitenden Funktionäre kommen dann jedoch nur selten aus den regierenden Häuptlingsfamilien. Im übrigen müssen wir uns vor der Verallgemeinerung hüten, daß politische Parteien immer in diesem Zusammenhang gegründet werden. Sehr oft sollen sie die entgegengesetzte Aufgabe haben. Die Partei kann also eine Organisation sein, die für oder gegen das Staatsbewußtsein wirkt.

Oft entsprechen sie sogar einem modernen Kostüm über einem durchaus traditionsgebundenen Körper. Diese traditionellen Ordnungen erhalten sich einstweilen vor allem in Regionen, die vom Islam geprägt wurden. Dort ge-

schieht die Anpassung an die neuartigen Verhältnisse der Gegenwart nur leise und allmählich und nur soweit sich dies als eine unvermeidliche Notwendigkeit ergibt.

Die Stadt, sogar die Großstadt bildet für Afrika keine Neuigkeit, wohl aber jene lawinenartig anschwellenden Städte, in die Angehörige vieler Stämme, oft abgesprengt von ihren Familien, wie in einen Schmelztiegel einströmen. Niemand kann heute sagen, ob die in allen Ländern Afrikas zu beobachtende Verstädterung neue Menschengruppen bilden oder nur Menschenmassen häufen wird. Auch in Europa hat die Verstädterung sehr verschiedene Schicksale hervorgerufen. In Berlin sind die Menschen gleichsam zu einem neuen Volkstamm zusammengewachsen, so daß von den Berlinern genau so wie von Mecklenburgern oder Hessen gesprochen wird. Andernorts leben nur einheitlich verwaltete Menschen unverbindlich nebeneinander.

Eine besondere Farbe kommt in das Bild der sozialen Wandlungen durch das Aufsteigen oder wenigstens durch die Emanzipation ehemaliger Sklavenstämme. Die Kämpfe zwischen Bahutus und Tussis in den Staaten Ruanda und Burundi haben auf solche Vorgänge ein grelles Streiflicht geworfen.

Es entspricht afrikanischen Verhältnissen, wenn im Nachzeichnen sozialer Veränderungen — im Unterschied zu Europa — gar nicht von der gewandelten Stellung des einzelnen in Familie, Stamm oder Staat gesprochen wird. In Afrika ist die Menschengruppe die kleinste Lebenseinheit, nicht die Persönlichkeit, wie in der Neuzeit des Abendlandes.

Deshalb wird sich außerafrikanische Entwicklungshilfe als Sozialhilfe auch weniger der Ausbildung des einzelnen als der Bildung der Gruppen zuwenden. Dabei müssen dann Afrikaner und Fremde erst gemeinsam und mühsam herausfinden, welche Menschengruppen den Anstrengungen der Anpassung an neuartige Umstände des Lebens gewachsen sind und welche — wie es oft im Ablauf der mitleidlosen Geschichte geschah — diesen Vorgang in Afrika nicht überleben werden. Eben darüber, etwa über das Schicksal der Nomaden oder der Pygmäen, wird jeder Kundige heute noch eine Voraussage scheuen. Auf den sozialen Wandel in Afrika wirken vielfältige Vorbilder, Programme und Eindrücke: von der Milchpulverkonserve bis zum Fernsehen, von der liberalen bis zur „gelenkten“ Demokratie, von der europäischen Universität bis zur Gewerkschaftsschule, von der asiatischen Gelassenheit bis zum fanatischen Arbeitseifer, von der Großfamilie bis zur Einehe. Aus bewußten Anstrengungen und aus unbewußten

Regungen, aus den Traditionen von mindestens drei Erdteilen, die nach Afrika hinüberstrahlen, dort reflektieren oder irrlichtern, aus der Lebenskette mehrerer Generationen wird eine soziale Ordnung hervorgehen, die weder wir noch die heutigen Politiker in Afrika klar voraussehen.

Die soziale Planung der Politiker benutzt als Hilfsmittel die außerhalb Afrikas erprobten Gesellschaftsmodelle, in den zuletzt unabhängig gewordenen Staaten bereits die afrikanisch abgewandelten Muster. Deshalb haben sich die entscheidenden Männer in Tanganjika sehr um die Übernahme von ghanaischen Erfahrungen bemüht und vielleicht die Afrika-reisen Ben Bellas auch die Formulierung der algerischen Verfassung beeinflusst. Osteuropäische und asiatische Vorbilder gewinnen zunächst deshalb eine stärkere pragmatische Wirkung als westeuropäische, weil sie von Grund auf kollektiver Art sind. Der Individualismus, die Freiheit von sozialem Zwang zugunsten eines eignützigen Spielraumes kennzeichnen eine nach Tradition und heutiger Lebensnotwendigkeit fremde Welt für den Afrikaner. Das Wort „Mittelstand“ wird deshalb in einem europäisch-afrikanischen Gespräch sehr verschiedenartig verstanden und akzentuiert werden: in Afrika als kollektiv betonte Gruppierung mit politischer Bedeutung, die ein Netz unter der Oberschicht bildet und strenge Ordnungen einhält.

Legenden

In dem Ringen um die Behauptung als souveräne Nationalstaaten, in der Begründung von innerafrikanischen Wirtschaftsunionen, in dem Bemühen um ein den gesamten Kontinent erfassendes afrikanisches Gemeinschaftsgefühl rufen die afrikanischen Politiker und Dichter zwei Geister zu Hilfe: den Geist der eigenen historischen Vergangenheit und den Geist der Kolonialzeit. Die Schwarz-Afrikaner gebrauchen also zwei historische Stützen, von denen sie die eine, die eigene vorkoloniale Vergangenheit der Reichs- und Staatsgründungen, ins Licht rücken, die andere, ihre koloniale Epoche, als Schatten brandmarken. Das geschichtliche Geschehen wird ihnen zur hellen oder dunklen Legende.

Sékou Touré, Kwame Nkrumah oder Modibo Keita, die Staatspräsidenten von Guinea, Ghana und Mali, haben wiederholt auf die eindrucksvollen Staatenbildungen und Reichsgründungen hingewiesen, an die Namen wie Ghana und Mali erinnern. Auch Fürsprecher außerhalb Afrikas bevorzugen diese Hinweise, denen sie dann noch die Kunstwerke westafrikanischer Kulturen als Beispiele anfügen.

Hier erinnern wir uns vergleichend an die Forschungen von Josef Strzygowski über die altgermanische Kunst oder die historischen Erinnerungen der deutschen Nationalbewegung. In Wirklichkeit stützen diese Rückblicke nur das Selbstvertrauen. Zugleich ist aus der historischen Besinnung, aus dem Pragmatischen ins Geistige hinüberwechselnd, die „Negritude“, die das in der Gegenwart lebendige besondere afrikanische Kulturbewußtsein bezeichnet, hervorgegangen.

Sogar die Aufeinanderfolge der Legenden, die den historischen Verlauf andeuten und die Gegenwart begründen sollen, ähnelt kriegerischen Zügen und Gegenzügen auf dem Schlachtfeld der Geschichte. Die Völkerkunde hat die hamitische Theorie geschaffen. Demgemäß sollten alle bedeutsamen politischen Gestaltungen Schwarz-Afrikas durch die Einwanderung und Blutbeimischung hamitischer Stämme hervorgerufen worden sein, die aus dem Nordosten kamen und sich wie die Tussi zur Oberschicht aufwarfen. Kaum wird ganz genau aufzuklären sein, wie stark die damals im Vordergrund stehende und für die Erklärung der abendländischen Geschichte herangezogene indogermanische Theorie auch die ähnlich klingende hamitische Legende angeregt hat. Bis zur Soziologie unserer Tage oder Heisenbergs Formel wiederholen sich nämlich im Abendland die Versuche, das Weltgeschehen auf den gemeinsamen Nenner einer alle Erscheinungen entschlüsselnden Theorie zusammenzuziehen.

Die heute noch leidenschaftlich vorgetragene „Negritude“, deren bekanntester Vorsprecher Leopold Senghor ist, bedeutet einen Gegenzug, der besonders durch die extremen Äußerungen als Re-Aktion charakterisiert ist. Von Vertretern der „Negritude“ wurde etwa behauptet, die altägyptische Kultur sei von schwarzen Afrikanern hervorgebracht worden. Inzwischen ist die Definition auf eine geistig-seelische Haltung, ein Weltbewußtsein magischer Art, eingeschränkt worden. Uns bleibt aus unserer Geschichtserfahrung heraus zu fragen, ob die Weltanschauungen und Bewußtseinsstufen immer von Menschengruppen übereinstimmender körperlicher Erscheinung und dann auch jeweils von deren Gesamtheit vorgetragen werden. Dies wäre eine Analogie zum vergangenen germanischen Mythos und ein Widerspruch zu den Erkenntnissen aller Weltreligionen. Ein Widerspruch wird heute bereits von schwarz-afrikanischen Schriftstellern erhoben, wenn festgestellt wird, daß die Vertreter der „Negritude“ fast ausschließlich auf den Antillen und in den französisch geprägten Gebieten Afrikas geboren und in der Pariser «Présence

Africaine» zusammengeschlossen sind. Ost- und Südafrikaner fühlen sich nicht zugehörig. Es gelang nur teilweise, die Brücke in die Neue Welt der Afrikaner, nämlich bis in die Vereinigten Staaten zu schlagen. Die engeren Beziehungen zwischen Südamerika und den afrikanischen Geburtsländern knüpfen sich wiederum vor allem zwischen Brasilien und Nigeria. Die Hoffnung, daß die „Negritude“ zur geistigen Grundlage der politischen Einheit Afrikas, also zur panafrikanischen Kultur, erweitert würde, konnte schon nicht wegen der verschiedenen historisch-politischen Bewegungsrichtungen der vier Kontinente Afrika, Europa, Nord- und Südamerika und nicht zuletzt wegen der Ausschließung Arabisch-Afrikas gelingen. Die Konferenz von Addis Abeba — und vielleicht auch die Durchsetzung der vollen Bürgerrechte für die aus Afrika stammenden Nordamerikaner — hat diese Hoffnung endgültig ausgelöscht. Trotzdem kann die „Negritude“ als ein besonders das Selbstbewußtsein der Schwarz-Afrikaner steigerndes Element der afrikanischen Kultur gelten.

Wir sind geneigt, solchen Berufungen auf die Geschichte nur geringe Wirkung beizumessen und entsprechende Äußerungen als eingeflochtene schönklingende Passagen offizieller Reden abzutun. Das Wesentliche suchen die meisten Nicht-Afrikaner heute von vornherein in anderen Äußerungen — etwa zum Ost-Westkonflikt. Jedoch wußten Europäer, die klüger waren und sind als die „Realpolitiker“,

schon immer von der Wirksamkeit solcher Beschwörungen, wenn sie von den Geistern sprachen, die den Rufenden nicht mehr loslassen. Wenn wir dann noch die Ganzheit im Leben, die sich in Schwarz-Afrika erhalten hat, berücksichtigen, so wird es uns nicht verwundern, wie sehr die afrikanischen Politiker an die Kolonialepoche gebunden sind. Keine außenpolitische Rede, keine panafrikanische Konferenz, die den Geist dieser Zeit von der dunklen Seite her nicht beschwören würde. Andererseits wird auch bei jeder Staatsgründung — von Ghana über den Kongo zu Kenia — die Bewahrung der kolonialen Grenzen gegen Selbstbestimmungsrecht, ethnische Ordnung oder Staatsvorteil als unabdingbar gefordert. Was im Kongo einen materiellen Nutzen versprach, da Katanga die Schatzkammer dieses Raumes ist, das scheint in Kenia ein materieller Nachteil zu sein, wenn die Somali an der Nordgrenze an diesen Staat gebunden bleiben. Wie sehr sich die Schwarz-Afrikaner der Wirkung des ganzen Geistes der Kolonialzeit ausliefern, zeigen uns übrigens Kleidersitten, Straßenbilder, Lebensmittel aller Art, Staatsverfassungen, Organisationsformen, dichterische Rhythmen — und auch Lebensgefühle, Denksätze, Repräsentationen. Hier werden aber geistige, vorwiegend unwillkürliche Wirkungen heraufbeschworen und durchaus keine realpolitischen Einflüsse erlaubt. Das äußere Bild sollte uns in Europa über die Art unserer Bedeutung in Afrika nicht täuschen.

Ansätze afrikanischer Großraumbildungen

Das Jahr 1960 ist als Afrika-Jahr bezeichnet worden. Es gibt für einen chronologischen Einschnitt zu diesem Zeitpunkt einige Gründe. Der afrikanische Nationalstaat ist in seinem Bestand soweit abgesichert, die Kräfte sind soweit mobilisiert, die Verfeindungen aus früherer Zeit soweit abgeklungen, daß an eine nationale Außenpolitik gedacht werden kann, die nicht nur der Selbstbefriedigung des Prestigebedürfnisses oder der Bestätigung der Existenz durch dritte Mächte, sondern der Entwicklung Afrikas dienen kann. Mitte Dezember (15.—19. Dezember) 1960 tritt die nach dem Ort des Zusammentreffens benannte Brazzaville-Gruppe der französischen Nachfolgestaaten zum ersten Male zusammen. Im Gegenzug findet sich schlagartig quer über Kultur- und Sprachgrenzen, über verschiedenartige Staatsverfassungen und koloniale Traditionen die revolutionäre Casablancagruppe zusammen (3. Januar 1961), die Ghana, Guinea, Mali, Marokko, Libyen und Ägypten bilden. Vom 9. bis 12. Mai 1961 tagt dann zum ersten Male die Mon-

roviagruppe unter dem Vorsitz des konservativ gestimmten Präsidenten Liberias, der ältesten heute bestehenden afrikanischen Republik. Die zwanzig Mitglieder kommen aus den Staaten der Brazzaville-Gruppe und den bisher ungebundenen Staaten Sudan, Äthiopien, Liberia, Nigeria, Sierra Leone. Im Grunde geht es damals — ein Jahr nach dem Eintreffen der ersten UN-Truppen im Kongoraum, fünfzehn Monate nach der ersten Atomexplosion in der Sahara — um die Alternative zwischen dem revolutionären, eindeutig sozialistischen Weg zur afrikanisch-kontinentalen Einheit und der langwierigen Entwicklung, auch um eine Entscheidung über das afrikanische Verhältnis zu den anderen Kontinenten — eine Frage, die vom Algerienkrieg und von der vorläufig noch gegebenen Abhängigkeit Ost- und Zentralafrikas überschattet wird. Da der Kongo seine Energien im Innern verbraucht, besteht die Möglichkeit, daß die jungen Staaten beiderseits der Sahara allein das Los über die Zukunft des Kontinentes werfen. Und doch

würden diese Entwürfe der internationalen Koalitionen innerhalb Afrikas wohl von keiner Gruppe als endgültige Lösung, von einigen sogar als Auffangstellung für die Nachzügler in der Unabhängigkeit aufgefaßt. Diese zwischenstaatlichen Bünde waren oft unklar, von plötzlichen Eingebungen und auftauchenden Möglichkeiten bestimmt, oft von nationalen Vormachtbestrebungen beflügelt oder vom Versuch, die eigene Schwäche durch Koalitionen zu bannen. Die national-wirtschaftlichen Probleme hatten zu der Erkenntnis geführt, daß nur internationale oder übernationale Zusammenschlüsse, auf jeden Fall die Einordnung in eine übergeordnete Wirtschaftseinheit in Form der Zollunion oder des gemeinsamen Marktes die vorhandenen Probleme bewältigen lasse. Versuche dieser Art bilden der Conseil de l'Entente, dem die Staaten Elfenbeinküste, Obervolta, Niger und Dahome angehören, die Zollunion der Staaten des französisch geprägten Äquatorialafrikas, zu der Gabun, die Zentralafrikanische Republik, Kongo (Brazzaville) und Tschad zusammengeschlossen sind, die OAMCE (Organisation Africaine et Malgache de Coopération Économique), aller Staaten französischer Zunge oder zwischen Dahome und Togo bestehende Zolleinheit. Der Drang, die außerafrikanischen Entwicklungen einzuholen, die in COMECON oder EWG, in dem unverbindlichen Zusammenschluß der Arabischen Liga, im Europarat oder der damaligen OEEC zutage traten, und der Wunsch, nicht zu lange auf der nationalstaatlichen Stufe zu verweilen, die Erkenntnis, daß nur eine Zusammenfassung der politischen Energien eine weltpolitische Wirkung neben den Weltmächten, aber auch neben Rotchina und Indien, versprach und das gegenseitige Mißtrauen innerhalb Afrikas, in dem die Zentralen der Untergrundbewegungen in anderen Staaten legitimiert wurden, haben zu immer neuen Experimenten und einem hastigen Durchproben der Möglichkeiten Anlaß gegeben.

Staatspräsident Nasser war noch zu Zeiten General Nagibs bemüht, den Raum des Niltales als politische Einheit zusammenzufassen, dann schlug er eine Brücke nach Ghana und half die Casablancagruppe zusammenzufügen. Als dieser Zusammenschluß wenig zu Kräften kam und das Ziel einer ägyptischen Vormacht in Afrika nicht zu verwirklichen war, begannen die Verschmelzungsversuche zum arabischen Großstaat Ägypten—Syrien, schließlich noch Jemen—Irak, die Versuche, Brückenpfeiler zwischen Europa, Afrika und Asien zu werden, mit Nehru und Tito einer der großen Neutralisten zu werden. Die Vormacht in einem

anscheinend nur von geringen Gegenkräften erfüllten Großraum zu werden und den Glanz des Vorkampfes gegen Israel zu tragen, schien lohnender als das geduldige Ringen um einen naturgegebenen und alle Kräfte einigenden Zusammenschluß. Die Ungeduld der vorstaatlichen Nationalbewegungen ist verständlich — die Unbeständigkeit der Staatspräsidenten ist ein Nachweis mangelnder politischer Reife, Energie und Welterfahrung.

Ein anderes Beispiel gibt die Politik Modibo Keitas, der zuerst über die Föderation Mali, den Zusammenschluß der Nationalstaaten Senegal und Mali, eine für größere Wirkungen geeignete Ausgangsstellung in der Angel zwischen Weiß-(Arabisch-)Afrika und Schwarz-Afrika zu gewinnen suchte. Als dann die feine Witterung Senghors die geplante Überraschung verhinderte, zählte Keita zu den Mitgründern der Casablanca-Gruppe; später versuchte er Annäherungen an Obervolta. Ähnliche Versuche mit wechselnden Kristallisationszentren und dem Ziel der Großraumbildung und Großmachtstellung innerhalb Afrikas werden wahrscheinlich in den britisch geprägten ost- und zentralafrikanischen Regionen beginnen. Das Experiment hat bereits einerseits mit der Fortsetzung der kolonialen East-African High Commission in den East African Common Services begonnen, die Uganda, Kenia, Tanganjika und Sansibar auf Sachgebieten des Hafenbetriebes, des Nachrichtenwesens oder des Hochschulwesens zusammenwirken lassen (Gründung der Universität von Ostafrika Juni 1963). Einen Rückschlag brachte die Zerstörung der Föderation von Rhodesien und Njassaland (formelle Auflösung 31. Dezember 1963), die immerhin ein Musterbeispiel des Zusammenschlusses von sich gegenseitig in der wirtschaftlichen Produktion ergänzenden Ländern gewesen ist. Nach dieser Spaltung werden die freigewordenen Teile nach anderen, neuen Verbindungen suchen. Das gilt sowohl für Südrhodesien in Richtung Südafrika als auch für Njassaland in Richtung Tanganjika. Eine nordrhodesische Möglichkeit ist seit der Enthauptung und Teilung Katangas nicht mehr aktuell.

In den bisher in Erscheinung getretenen Zusammenschlüssen oder Ansätzen zu wirksamen Koalitionen sind zwei verschiedene Vorstellungen der Großraumbildung versteckt, die wir in freilich unzulässiger Übertragung abendländischer Begriffe als Reichs- und Staatsprinzip unterscheiden könnten. In der Brazzaville- und Casablanca-Gruppe ist das übereinstimmende Interesse, im ersten Beispiel auch noch die übereinstimmende Prägung in der kolonialen Vergangenheit, die von den Gesetz-

büchern bis zu der Speisenfolge der Festessen, von den familiären Verbindungen zwischen Weißen und Schwarzen bis zu literarischen Formen reicht, im zweiten Beispiel dagegen auch die übereinstimmende Ansicht über die Zukunft maßgebend gewesen. Beide Gruppierungen betrachten jedoch die Bildung eines territorial zusammenhängenden Bundesgebietes keineswegs als sehr wichtig, obwohl sie in den Organisationsplänen bis zur Bildung eines internationalen Oberkommandos gehen. Im Kongo und in Ostafrika bahnen sich dagegen Großraumbildungen auf der Grundlage aneinanderliegenden Staatsgebietes bei oftmals konkurrierenden oder auseinanderlaufenden Interessen, wenn auch übereinstimmender Vorprägung in der kolonialen Zeit, an „Reichs- und Staatsprinzip“ können in einer Abwandlung von Senghors Definition der Nation in einem vereinigten und in Großräume gegliederten Kontinent ihren gegenseitigen Ausgleich finden.

Am 26. Mai 1963 ist die „Charta der afrikanischen Einheit“ in Addis Abeba von 30 Staaten unterzeichnet worden. Zwei andere Länder haben ihre Unterschrift in Aussicht gestellt oder die Zulassung erbeten. Neben dem Verzicht der Republik Madagaskar auf ihr bisher stets betontes Sonderdasein ist die Übrerrundung Südasians durch das Zusammenfinden der bis zum harten Gegensatz voneinander geschiedenen politischen Führer Afrikas bemerkenswert, die sogar das Verhältnis zu Israel nicht auseinandersprenge konnte. Es handelt sich um eine im Laufe einer Konferenz entstandene Einheit, die den Primat der Politik nach zwei Richtungen hervorkehrt: Jenseits der außenpolitischen Aktionsgemeinschaft bildet sich noch keine geistig-kulturelle Einheit und auf der anderen Seite bleibt die wirtschaftliche und soziale Koordination und Integration der Staaten zweitrangig. Dieser Primat der Politik durchdringt im übrigen ebenso die wissenschaftliche Organisation der „Kommission für Technische Zusammenarbeit“ und die von den Missionen emanzipierten nicht-katholischen christlichen Kirchen Afrikas, die die Einheit des Kontinents

ach über die von Europa her überkommene Aufsplitterung der Konfessionen hinweg bewahren wollen. Dies ist vor dem Weltkirchenrat und auf der panafrikanischen Kirchenkonferenz dieses Jahres in Kampala ausgesprochen worden.

Die Einheit von Addis Abeba liegt einer fruchtbaren Regen versprechenden Wolkendecke ähnlich über Nord- und Zentralafrika, denn in den Boden dieses Raumes ist die Einheit noch nicht eingetragen, obwohl die geographische Karte der Teilnehmerstaaten solches vortäuscht. Bis heute ist das Verkehrsnetz national auf die Überseehäfen der Länder und nicht nach dem Plan einer innerafrikanischen Infrastruktur ausgerichtet. Es gibt noch keine zwischenstaatlichen Märkte in Afrika. Die Schwerpunkte oder Kristallisationszentren sind auf keinem Lebensgebiet gefunden oder gar geschaffen. Sprachen, Religionen, außer-afrikanische Assoziationen, Staatssysteme, Kulturformen, außenpolitische Entscheidungen, geographische Nachbarschaften und vor allem Bestrebungen und Visionen der Zukunft stellen jedes Mitglied der afrikanischen Einheit in wechselnde Zusammenhänge, die sich einstweilen nicht decken lassen. Vom Dokument zum wirklichen Zusammenwachsen der afrikanischen Einheit ist deshalb ein langwieriger Weg zurückzulegen, über dessen Zeitlänge Vorhersagen nicht zulässig erscheinen. Es gibt Beobachter, die schon für den Großraum des Kongo dreißigjährige Wirren vorhersagen, andere wiederum, die die Rückschläge der Vereinigung für den Zeitpunkt erwarten, an dem weiße Regierungen vollständig von der Oberfläche dieses Kontinents gewichen sind, so daß das einigende Gegenbild fehlt. Die in Addis Abeba erwartete Einheit Afrikas setzt zumindest die Ablösung der weißen Herrschaft in der Republik Südafrika und in Südrhodesien, wahrscheinlich die Ausschaltung der arabischen Oberschicht auf Sansibar, die mit dem Putsch des 12. Januar 1964 eingeleitet worden zu sein scheint, die Beseitigung der Königsherrschaften in Burundi und Buganda, auch die außenpolitische Einigung auf eine Gegnerschaft zu Israel voraus.

Afrika und die Welt

Der afrikanische Kontinent hat in den historisch-politischen Auseinandersetzungen der abendländischen Neuzeit und in der asiatischen Geschichte bis zur Gründung souveräner Nationalstaaten keine entscheidende oder Entscheidungen mitbestimmende Rolle gespielt, wenn wir von Napoleons Hitlers

und der Alliierten nordafrikanischen Feldzügen absehen. Auf der die Emanzipation der südlichen Erdkugel aus der Verbindung mit europäischen Imperien einleitenden Bandung-Konferenz asiatischer und afrikanischer Nationalbewegungen und Staatsregierungen traten Afrikaner als Vertreter völkerrechtlich aner-

kannter Gemeinschaften kaum in Erscheinung. Dieses Zurückbleiben hinter der Entwicklung Südasiens begründete auch die Wahl des Konferenzortes. Als die selbständigen Kontakte begannen, wurden diese zunächst von der Überlegung bestimmt, ob nicht Staats- und Sozialordnungen asiatischer Länder als Modell für den eigenen Aufbau dienen könnten. Die beginnende Innenpolitik bestimmt also die Auswahl der außenpolitischen Kontakte. Die engen afrikanisch-indischen Beziehungen in den ersten Gründerjahren erklären sich daraus.

Für die Jahre nach 1959 etwa müssen wir zwischen dem Hereinziehen Afrikas in die Welt durch außerafrikanische Mächte und zwischen dem selbständigen Eintreten afrikanischer Staaten in die Welt unterscheiden. Das Hereinziehen in die Weltauseinandersetzungen geschah und geschieht teilweise noch im Rahmen der Spannung der beiden Weltmächte und im Zusammenhang mit den Problemen der Verteidigung Europas. Es handelt sich um das unblutige Ringen um die Südflanke des europäischen Kontinents und den Wettkampf um strategische Rohstoffe. Afrika hat in dem vergangenen Jahrzehnt in dem Spiel, einen dritten Weltkrieg vor Beginn der Kampfhandlung zu gewinnen, eine wichtige Rolle gespielt, wobei der Besitz von Rohstoffen, die Einrichtung oder Beseitigung von militärischen Stützpunkten und der propagandistische Wettkampf eine gleichwertige Bedeutung gewannen. Es war eine Reaktion und nicht so sehr eine eigenständige Ideologie, daß afrikanische Staaten den Neutralismus im Hinblick auf den Streit der Weltmächte proklamierten. Nebenbei zeigten sie sich nur als die gelehrigen Schüler der Kolonialepoche, in der den vorher in blutigen Auseinandersetzungen zerstrittenen Stämmen die Pax Britannica und die Friedensordnung der Franzosen, Deutschen, Belgier und Portugiesen gelehrt wurde. Sie nahmen dieses Friedensprinzip nunmehr in ihre selbständige Außenpolitik auf und verweigerten eine Parteinahme in den außerafrikanischen Konflikten.

Der erste selbständige Schritt in die außerafrikanische Welt führte die afrikanischen Staaten jeweils in die Vereinten Nationen. Die Aufnahme als Mitglieder dieser Weltorganisation bedeutet für sie gleichsam die säkulare Taufe nach der Staatsgeburt. Der Eintritt gibt ihnen die oft zur Selbstsicherheit notwendige Bestätigung, daß sie gleichberechtigte Partner sind. Vor der Konferenz von Addis Abeba wurde außerdem New York zu dem die verschiedenen staatspolitischen Tendenzen in Afrika vereinigenden Treff- und Brennpunkt. Es ist eine historische Erfahrung,

daß oftmals außerhalb der betroffenen Räume liegende Brennpunkte stärker wirken, weil sich die Kräfte im Raume selbst zu stark stoßen. Die Vereinten Nationen ermöglichten schließlich den afrikanischen Kleinstaaten, die das gleiche Stimmrecht wie die Welt- und Großmächte ausüben dürfen, das wirksame Eingreifen in das Geschehen der Weltpolitik. Nicht zuletzt ergab sich im Rahmen der Vereinten Nationen aber auch die Möglichkeit, die neutralistische Außenpolitik mit dem Bedarf an Entwicklungshilfe in einen ungebrochenen Einklang zu bringen.

Die zweiten selbständigen Schritte in die außerafrikanische Welt folgten ausgetretenen Spuren, nämlich in Richtung auf die Hauptstädte der ehemaligen Schutzmächte. Das materielle Interesse half psychologische Hemmungen überwinden, und nur dort, wo die Partner mit Bedingungen und Vorkehrungen antworteten, die das empfindliche nationale Prestige verletzen und die innerstaatliche Behauptung der oft noch unsicheren Führungsgruppen gefährden mußte, folgte der unmittelbare Schritt in Richtung auf Moskau und Peking oder die mittelbaren Verbindungen mit dem Osten über Kairo, Prag, Budapest, Djakarta. Viele Europäer sehen in einem solchen außenpolitischen Verhalten einen Widerspruch zu einer wirklichen neutralistischen Außenpolitik der afrikanischen Staaten, weil durch Ausspielen der einen gegen die andere Seite diese die Ost-West-Spannung zu ihren Gunsten ausnutzten. Manche meinen sogar, daß orientalisches Händlertum dabei eine besonders schwarz-afrikanische Ausprägung gefunden habe. So zutreffend diese Beurteilung für einzelne Vorgänge sein mag, so werden doch zwei Gesichtspunkte oft zu wenig berücksichtigt: zuerst die existenziellen Schwierigkeiten dieser nationalen Kleinstaaten, die einfach aus verschiedenen Gründen von der Zufuhr von Lebensmitteln, von der Mitarbeit außerafrikanischer Sachverständiger, von der Gewährung von Überbrückungskrediten abhängig sind. Sodann wird das Europabild der Afrikaner nicht zur Kenntnis genommen. Nur wer einmal lange Zeit in anderen Erdteilen, die nicht dem Abendland zugerechnet werden können, gelebt und die Vorwerke und Grenzlinien dieser historisch-politischen und kulturellen Einheit von außen, umgeben von fremden Kulturen, Landschaften und Menschen, gesehen hat, kann sich in die afrikanischen Perspektiven gut hineinversetzen. Die Afrikaner sprechen von dem Europäer und rechnen dieser Erscheinung Griechen und Norweger, Franzosen und Polen gleichermaßen zu. Letzten Endes ist für sie,

übrigens in Übereinstimmung mit den historischen Tatsachen, Moskau eine europäische Hauptstadt, genauso wie London oder Athen. Die regionalen Büros der Betreuungsorganisationen ihrer im Ausland lernenden Studenten sind deshalb oft von Edinburgh bis Prag und Warschau ohne Rücksicht auf den Eisernen Vorhang zuständig. Eine Staatsreise nach Warschau oder Wien, nach Stockholm oder Bonn bedeutet nicht viel mehr als der Besuch im Kaiserreich Äthiopien oder in der einer Volkdemokratie sich manchmal nähernden Republik Mali, in der ganz eng an das frühere Mutterland gebundenen Republik Madagaskar oder im oft außenpolitisch radikal gestimmten Ghana. Dieses unzerstückelte Europabild läßt Hemmungen nicht aufkommen, wo sie von der osteuropäischen oder westeuropäischen Seite aus erwünscht wären. Im übrigen ist diese Betrachtung Europas von Afrika aus sozusagen eingeboren, denn sie erfaßt auch die dort draußen ohne unmittelbare amtliche Aufträge

tätigen und jahrelang lebenden Europäer, so daß ein ungezwungener Verkehr zwischen Menschen Ost- und Westeuropas entsteht. Einzelne Staaten ordnen diese Tatsache sogar in ihre außenpolitischen Absichten ein, wenn zum Beispiel Polen nur Nicht-Parteimitglieder als Entwicklungshelfer aussendet.

In einer Zusammenfassung der von den afrikanischen jungen Nationalstaaten angeknüpften Weltbeziehungen darf noch gesagt werden, daß die Beziehungen mit den auf der nördlichen Halbkugel liegenden hochentwickelten Staaten die an sich möglichen Querverbindungen zu anderen Entwicklungsländern bei weitem übertreffen. Es gibt fast keine afrikanisch-australischen oder afrikanisch-südamerikanischen Beziehungen. Die Bedeutung der afrikanisch-südasiatischen Kontakte klingt immer mehr ab. Geographisch gesehen haben die afrikanischen Beziehungen zur außerafrikanischen Welt eher eine Süd-Nord-Richtung als eine Quer-Richtung nach Osten oder Westen.

Die Zukunft Afrikas?

In dem Büchlein „Afrika und die Welt“ habe ich vor neun Jahren geschrieben: „Das voraussichtlich dauernde Ergebnis des ersten Abschnittes der afrikanischen Neuzeit ist die Entwicklung eines afrikanischen Kontinentalbewußtseins.“ Die Ausfertigung der „Charta der afrikanischen Einheit“ wird von Afrikanern als Beginn der Zukunft begrüßt, doch enthält auch diese mehr Reinigungen von der Vergangenheit als Grundlegungen für die Zukunft. Es bleibt also immer noch die Frage, welche Zukunft eigentlich begonnen hat. Wir können annehmen, daß in nicht ferner Zukunft die Auseinandersetzungen um den staatsrechtlichen Status der portugiesischen Provinzen in Afrika verstärkt werden. Auf die Aktionen der Untergrundbewegungen hat das Mutterland mit Gegenschlägen und vor kurzem mit der Verkündung eines gemeinsamen Marktes aller portugiesischen Gebiete geantwortet. Mit dem bevorstehenden Schiedsspruch des Haager Gerichtshofes wird auch das Problem Südwestafrika erneut hervortreten, denn angesichts vielfältiger geheimer Machenschaften sind nicht einmal blutige Auseinandersetzungen in diesem Territorium unmöglich, und schließlich steht die vielleicht viel Tragik enthaltende Frage nach der Zukunft der Republik Südafrika und Südrhodesiens vor aller Augen. Für die Zukunft kann angenommen werden, daß Afrika seine kontinentale Einheit verwirklicht, weil es sich in diesem Bestreben im Einklang mit einer die ganze Erde erfassenden Umwandlung befindet. Der Einteilung des Zeitalters des

Imperialismus in maritime Weltzonen, Indischer Ozean, Mittelraum, pazifischer Raum, folgt die kontinentale Gliederung der Erdoberfläche, die z. B. manchmal die Verbindung zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten als enger erscheinen läßt als jene zu Großbritannien und die fast überall zu kontinentalen zwischenstaatlichen Zusammenschlüssen geführt hat. Aus diesem Gesamtumriß wird sich eine Gliederung Afrikas in wirtschaftlich begründete Großräume ergeben, die im übrigen oftmals ebenso künstlich oder sogar gewaltsam geschaffen wurden, wie sich die Nationalstaaten ohne Rücksicht auf die Existenz der Stämme bildeten. Niemand kann jedoch vorhersagen, ob Afrika einen selbständigen Beitrag zur Weltkultur leisten wird, oder ob es geistig in zwei Teile geschieden bleibt. In dieser Hinsicht muß die Beantwortung der in der Überschrift gestellten Frage aufgeschoben werden, weil wir in Ansatz, Methode und Stärke der Erkundungen und Forschungen zu wenig fortgeschritten sind, um zuverlässige Aussagen wagen zu dürfen. Uns wird dabei besonders interessieren, wo die Afrikaner ihr Maß, das heißt die Grenze ihrer Möglichkeiten finden werden. Ihre unwillkürliche Abwehr gegen das Atomzeitalter, das sich keineswegs nur in Bomben, sondern ebenso in der Raumfahrt äußert, läßt einige Vermutungen zu. Da wir jedoch noch gar keinen Überblick über die schöpferischen Möglichkeiten der Afrikaner haben, ist eine Vorhersage für das Wirken der Nachfolger der Staatengründer unmöglich

Staat und Gesellschaft im neuen Afrika

Krasse Gegensätze

Es ist noch nicht lange her, da pflegte man hierzulande von Afrika als dem „*dunklen Erdteil*“ zu sprechen — und meinte damit nicht nur die Hautfarbe vieler seiner Bewohner, sondern auch ihre „Barbarei“ oder „Primitivität“. Später bezog man sich wohl auf die *rückständigen Länder* und das „prälogische Denken“, die „Geschichtslosigkeit“ der Afrikaner. Nach dem zweiten Weltkrieg übernahmen wir aus dem Westen den Begriff *Unterentwickelte Länder*, und seit einigen Jahren gilt es als unfein, afrikanische Gebiete anders zu nennen als *Entwicklungsländer*. Auch dieses Wort begegnet bereits dem Augenzwinkern der Experten: Mag die Entwicklung Afrikas wünschenswert sein — wer wollte behaupten, sie sei schon überall in Gang gekommen?

Das hervorstechende Merkmal Afrikas ist offensichtlich der krasse Gegensatz, die Kluft zwischen einem modernen und einem traditionalistischen, zwischen dem „dynamischen“ und dem „statischen“, einem aufstrebenden und einem zerfallenden Lebensbereich. Die politischen Strukturen, die beide Welten zusammenhalten, verklammern sollen, erscheinen vielen Beobachtern moralisch fragwürdig (vor allem im Licht europäischer Erfahrungen mit dem Totalitarismus) und technisch ungeeignet (nämlich von außen aufgepfropft und der afrikanischen Wirklichkeit mindestens ebenso „fremd“ wie die koloniale Fremdherrschaft, die sie ablösen). Das ganze soziale System ist offenbar unausgegoren. Da spricht der Europäer denn gern (mit einer gewissen Herablassung des Reiferen) von den *jungen Staaten* und der *rasche gesellschaftliche Wandel* (rapid social change) tritt bei gewichtigen und aufgeschlossenen internationalen Gremien — z. B. der protestantisch - anglikanisch - orthodoxen Ökumene — als Kennzeichnung der „Dritten Welt“ an die Stelle der allzu verschwommenen Vokabel „Entwicklung“.

Wie mit allen in Europa und Nordamerika ausgereiften sozialwissenschaftlichen Begriffen, müssen wir auch mit „Staat“ und „Gesellschaft“ in Afrika vorsichtig umgehen. Wie verlief denn die europäische Geschichte? Aus einem mittelalterlichen Gesellschaftsgefüge mit höchst komplizierten Gleich- und Gegengewichten, Spielregeln und sittlichen Idealen,

das gewiß keine strenge Ordnung darstellte, in dem aber mächtige überregionale Ordnungsfaktoren mit teilweise bedeutender Macht wirkten (die Kirche, das Reich), erhoben sich ungefähr gleichzeitig ungefähr gleich große Nationen; einige von ihnen, ziemlich geschlossen in Westeuropa gruppiert, fanden zu staatlicher, andere wenigstens zu kultureller Einheit. Eine keineswegs gleichmäßige, jedoch fast ausnahmslos vergleichbare wirtschaftliche Entwicklung setzte ein, die nur in Rußland und auf dem Balkan durch Invasion von außen (Mongolen, Türken) gestört wurde. Auch die gesellschaftlichen Strukturen verschoben sich durch Revolutionen, Reformen und Restaurationen, aber doch nicht so weit, daß geistige und soziale Kommunikation zwischen irgendwelchen Gliedern der alten „Christenheit“ je völlig abgestorben wäre. Nordamerika baute zwar seine Nationen (besonders in den USA) aus verschiedenen nationalen Elementen Europas auf, aber in einer vorgegebenen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, die vielleicht deshalb bis zur Stunde alle Belastungsproben durch neue Einwandererwellen bestanden hat, weil jede von ihnen wenigstens einige altvertraute Elemente darin vorfand. Die einzige bedeutende Ausnahme bilden bezeichnenderweise die Neger, die eben nicht aus der alten „Christenheit“ zuwanderten. Wir hoffen auf ihre Integration in naher Zukunft; das ist aber nur deshalb möglich, weil die amerikanischen Neger selbst freiwillig oder unfreiwillig auf jegliches gesellschaftlich-politische Erbgut verzichten, weil sie die amerikanische Kultur voll und ganz assimilieren wollen. Ob extremistische Einzeltäter oder Organisationen, wie Marcus Aurelius Garvey in den zwanziger Jahren und die Black Muslims heute, an der Abkehr der amerikanischen Neger von Afrika noch etwas ändern können, steht hier nicht zur Debatte. Die Probleme der Neger-Minorität in Amerika und die Sorgen der jungen Nationen Afrikas sind nicht einfach zwei Aspekte ein und derselben „Rassenfrage“. Wohl ergeben sich alle beide aus dem Zusammenstoß europäischer Staats- und Gesellschaftsformen mit Menschen, deren Vorfahren nicht in der Tradition dieser Formen gelebt haben. Aber während die amerikanischen Neger ohne kulturelles Eigen-

gepäck in diesen Zusammenstoß gehen, denken die Afrikaner keineswegs daran, ihre sehr wohl existenten politischen und sozialen Überlieferungen einfach dem Neuen, das aus Europa kommt, zu opfern. Die Amerikaner afrikanischer Herkunft wollen sich in eine europäisch bestimmte Gesellschaft, in einen aus europäischer Wurzel erwachsenen Staat integrieren. Die Afrikaner wollen zusammen mit Europa und allen anderen Kontinenten, aber durch eigenständig geleistete Beiträge, die universale Zivilisation der „Einen Welt“ von morgen aufbauen helfen.

Es ist beinahe rührend zu beobachten, wie sich kommunistische Afrikaner in den Begriffen und Schemata ihres Historischen Materialismus verstricken, wenn sie ihn, der schon bei der Interpretation der europäischen Geschichte versagt, für die er entworfen wurde, auf das völlig andere Afrika anwenden wollen. Was sie alles in den einen Sack des „Feudalismus“ stecken müssen, ist so vielfältig, daß kein Mensch mehr praktisch mit dem ganzen Sack hantieren kann. Was sie als afrikanisches „Proletariat“ oder als „Nationale Bourgeoisie“ ausgeben, ist selbst bei äußerster Großzügigkeit in der Zuordnung ein so jämmerliches Häufchen, daß es schwer fällt, hier die bewegenden Kräfte für Afrikas Gegenwart und Zukunft zu suchen. Die Kommunisten stehen vor der Wahl, entweder an der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit Afrikas vorbeizureden — oder ihre Kategorien dieser Wirklichkeit so energisch anzupassen, daß von Marx, Engels und Lenin wenig übrigbleibt.

Westliche Beobachter, die ausziehen, um in Afrika Gewaltenteilung, parlamentarische Opposition, unabhängige Träger der öffentlichen Meinung zu entdecken oder um die Bildung eines unternehmerischen Mittelstandes zu fördern oder um ein christliches Vereinsleben nach dem Vorbild ihrer europäischen Heimat zu organisieren, werden natürlich ebenfalls bitter enttäuscht. Vielleicht fällt es den meisten von ihnen leichter, sich auf die Wirklichkeit zu orientieren, als den Kommunisten, da sie ihre Ideologien seit jeher zu relativieren gewohnt sind. Das ist vermutlich die beste Erklärung dafür, warum die Zusammenarbeit zwischen Afrika und dem Westen trotz der bösen Vergangenheit und allen erdenklichen Krisen sich immer wieder einrenkt, während der Kommunismus seit 1917 einen Werbefeldzug nach dem anderen unternimmt, ohne bisher auf afrikanischer Erde irgendwo festen Fuß fassen zu können.

Die fundamentale gesellschaftliche Spannung besteht in Afrika (einschließlich des arabischen

Nordens) nicht zwischen einer „feudalen“ oder bürgerlichen herrschenden Klasse und einem industriellen oder agrarischen Proletariat; sie besteht auch nicht zwischen demokratischem Freiheitsanspruch und staatlicher Despotie. Sie besteht vielmehr zwischen einem modernen, von außen eingeführten und gesteuerten, nach außen (d. h. nach Europa) orientierten Sektor der Gesellschaft, der wie eine Ölschicht auf dem Wasser schwimmt oder wie ein Sauerstoffzelt die von ihm erfaßten Menschen gegen die Außenwelt abschirmt, und dem ganzen übrigen Gesellschaftskörper — dem Wasservolumen, der Atemluft des Raumes, um in unseren Bildern zu bleiben.

Wir nennen in den folgenden Ausführungen dieses „Wasservolumen“, die „Atemluft“ — mit anderen Worten: das heute noch weiterlebende Alt-Afrika — kurzerhand den „Busch“; wir nennen die „Ölschicht“, das „Sauerstoffzelt“ der modernen Sektoren die „Stadt“. Das sind symbolische Bezeichnungen, die aber in Afrika selbst gang und gäbe sind. Zwischen Busch und Stadt steht der Staat, zusammengewachsen aus der Nationalen Befreiungsbewegung gegen die Kolonialherrschaft und aus der administrativen sowie konstitutionellen Hinterlassenschaft eben dieser Kolonialherrschaft. Heute ist die Hauptaufgabe des afrikanischen Staates nicht mehr der antikoloniale Kampf (trotz Portugal und Südafrika). Der Staat ist auch im allgemeinen nicht (noch nicht?) ein eindeutiges Herrschaftsinstrument der Stadt über den Busch. Der afrikanische Staat hat und erkennt vielmehr die Aufgabe, die wir bereits nannten: beide Bereiche der gesellschaftlichen Spannung zu verklammern, ihr Auseinanderfallen zu verhüten, den nach Aufbau und Harmonisierung strebenden Kräften das Übergewicht zu verschaffen.

Die Gefahr, in der Afrikas Gesellschaft und Afrikas Staaten schweben, ist erst in zweiter Linie eine Gefahr der Fesselung durch totalitäre Staatsapparate und Ideologien unter Erstickung der Freiheiten und Rechte des Menschen und des Bürgers. Auch diese Gefahr droht; aber vordringlicher und stärker ist heute die Drohung einer Erschlaffung der Massen und Abkapselung der „Eliten“; die Gefahr eines Auseinanderbrechens der Gesellschaft und einer Monopolisierung des Reichtums, der Macht, der Dynamik durch die Minderheit, die heute schon unter dem Sauerstoffzelt der modernen Welt sitzt. Endgültige Scheidung von „Stadt“ und „Busch“, mit einem Wort: Südamerikanisierung.

Was bedeutet heute der „Busch“, das „Alte Afrika“? Nur mit äußerster Vorsicht wird der Europäer versuchen, diese Frage zu beantworten, und noch unsicherer ist das Terrain, wenn wir fragen wollten: was war der „Busch“ früher, ehe die Weißen kamen und nach so kurzer Herrschaft wieder gingen? Nicht einmal Jahrzehnte des Buschlebens erlauben dem Europäer, sich ein klares Bild dieses Afrika zu machen; nach zwanzig Jahren Wirksamkeit wird der Missionar (ich denke an Worte eines bestimmten Priesters) in den Dörfern seines Bezirks, die er wieder und wieder besucht hat, wo er als Gottesmann und Heilkundiger höchstes Ansehen genießt, alte Sitten und Ideen kennenlernen, von deren Existenz er vorher nichts ahnte. Auch ein Albert Schweitzer ist kein Kronzeuge — nicht einmal für dieses sein Alt-Afrika, das er dem neuen so einseitig vorzieht.

Wir können nur durch Eliminierungen ein wenig vorankommen. Nein, der „Busch“ ist nicht identisch mit Bauerntum und dörflichem Leben: das alte Afrika hat Städte gekannt — nicht nur Karawanen-„Häfen“ am Südufer der Sahara, sondern auch die Städte des Jorubalandes, Nubiens, Ethiopiens, Simbabwe. Nein, der Busch ist auch nicht schlechthin „statisch“. Er hat einst sein Gesicht ohne Zutun der Europäer oder der Araber verändert. Völker wanderten; der Islam kam, versickerte wieder, breitete sich erneut in weiten Regionen des Sudan aus. Staaten entstanden, von denen wir sicher noch nicht alle kennen, nicht einmal dem Namen nach. Natürlich war auch das vorkoloniale Afrika nicht hermetisch von der Außenwelt abgeschlossen. Der europäische Sklavenhandel an der Westküste, der Amerika sein schwarzes Bevölkerungselement lieferte, und die arabischen Sklavenjagden im Osten, die vor allem im 19. Jahrhundert einer nicht-europäischen „Erschließung“ der afrikanischen Naturschätze dienten (Elfenbeintransporte), veränderten das Gesicht des „Busches“ ohne Zweifel — und sicher zu seinem Nachteil: sie entvölkerten ihn und zerschlugen gesellschaftliche und staatliche Ordnungen. Angola und Tansania bieten dafür bis heute erschütternde Beispiele (hier wurde die Sklavenwirtschaft zuletzt beseitigt)

Es mag relativ einfach gewesen sein — und ist es heute —, die Gesellschaft und Politik des alten Afrika zu verheeren oder zu zersetzen, Sklaven zu kaufen, die Herero in der Kalahariwüste verschmachten zu lassen, Arbeiter

für die Bergwerke zu werben. Viel schwerer ist es — und war es sicher schon immer —, das Leben im Busch umzugestalten und dennoch zu erhalten. Es bedarf des geschlossenen und energischen Auftretens der gesamten jungen Generation (Männer und Frauen) und zäher Palaver, um den Alten eines westafrikanischen Dorfes heute gewisse hygienische Reformen beim Zurweltbringen der Kinder abzurufen; für die Jungen ist es der leichtere Weg, sich in die Stadt davonzumachen und das Dorf den Alten zu überlassen.

Wir bewundern die mündlichen Überlieferungen, die in manchen Völkern bis heute vom Geschick längst versunkener Staaten berichten — vom Mali-Reich des Mittelalters z. B. unter den Mande. Die politischen Ordnungen der Mossi, der Joruba, der Baganda scheinen für eine halbe Ewigkeit gemacht. Aber was mögen die alten Herrscher des vorkolonialen Afrika für Mühe gehabt haben, bevor ihre Ordnung den Menschen in Fleisch und Blut übergang? Oder täuschen wir uns überhaupt in der Dauerhaftigkeit dieser Staaten (solange kein fremder Einfluß sie überwältigt)? Wäre ein Ereignis wie die Revolution in Ruanda, die 1960 das jahrhundertealte Tussi-Königtum stürzte, wirklich ohne belgische Ermunterung undenkbar gewesen? Es muß in den Staaten des alten Afrikas Entwicklungen gegeben haben, die mehr waren als wechselseitige Eroberungen und Plünderungen.

Auch die Völker, die keine Staaten im europäischen Sinn dieses Wortes kannten, bevor der Weiße Mann kam, und die man daher gern als „kopflöse Gesellschaftskörper“ bezeichnet, sind keineswegs notwendig als statische Gruppen anzusprechen. Da haben wir in Ost-Nigeria die Ibo, die sich stolz ihrer althergebrachten „Dorfdemokratie“ rühmen, weil sie keine „Häuptlinge“ hatten: sie zeigten sich so anpassungsfähig an moderne Lebensformen, „assimilierten“ den Handel und andere Wirtschaftszweige so gut, daß ihre Nachbarn sie deshalb nicht gerade liebten. Sollten ihnen diese Eigenschaften im Augenblick des Kontakts mit Europa durch ein Mirakel in den Schoß gefallen sein?

Wir dürfen das alte Afrika, den Busch, auch nicht einfach mit dem Allerwelts-Stempel „Stammesordnung“ versehen und dann zur Tagesordnung übergehen. Sicher, die modernen politischen Bewegungen selbst ziehen auf

Englisch und Französisch allerorten gegen „Tribalism(e)“ zu Felde; aber dahinter verbirgt sich wieder eine vielfältige Wirklichkeit. In manchen Gegenden reicht das Gemeinschaftsbewußtsein gar nicht über die Ebene des Dorfes oder einer kleinen Gruppe von Dörfern hinaus; politische Loyalität gegenüber der Sprachfamilie, die die Europäer „Stamm“ taufen, existiert nicht. Andererseits sind z. B. die Joruba, mit ihren mindestens 3,5 Millionen Köpfen ein ansehnliches Volk, durch alte staatliche Tradition verbunden: Ein Joruba-Partikularist zieht sich aber in Nigeria von „nationalistischer“ Seite unweigerlich den Vorwurf des „tribalism“ zu. Die Fulbe schließlich leben zwischen Guinea und Kamerun verstreut — hier als Aristokraten, dort als mißachtete Viehhüter, hier Moslem, dort Animisten, hier ihre eigene Sprache, dort Haussa sprechend.

Natürlich gibt es an vielen Stellen Afrikas echte politische Probleme, die sich aus der politischen Spaltung oder Bevormundung eines bestimmten Volkes, eines „Stammes“, ergeben: Ewe-Frage zwischen Togo und Ghana, Pan-Somali-Bewegung, die Azande zwischen Sudan und Kongo, Ruanda und Burundi, die Rivalität zwischen UPA und MPLA in der angolanischen Untergrundbewegung. Aber ebenso oft ist es falsch, in „tribalistische“ Regungen mystische Kräfte von Blut und Boden hineinzugeheimnissen; sie können auch schlichte regionale Eigenbrötelei, Kirchturmspolitik oder Kantönligeist verraten, die alle bekanntlich selbst in der perfekten Industriegesellschaft überleben. Schließlich gibt es den bewußt von der weißen Regierung geförderten Kultur-Tribalismus für die südafrikanischen Bantu, die als Zulu, Basuto, Xhosa usw. angesprochen (und in der jeweiligen Sprache unterrichtet) werden, weil man sie — vermutlich erfolglos — daran hindern möchte, sich einig als „schwarze Südafrikaner“ gegen die Apartheid zu wehren.

Statt von „Stammesordnung“, von „statischen Gesellschaftskörpern“, von „geschichtslosen Völkern“ sollten wir lieber schlicht vom „Busch“ sprechen, wie Weiße und Schwarze es an Ort und Stelle tun. Natürlich dürfen wir damit keine Geringschätzung ausdrücken (und ebensowenig romantische Sehnsucht nach einem angeblichen Idyll, in das manch alter Kolonialbeamter sich zurückträumen mag nachdem „Agitatoren aus der Stadt“ ihn um

seinen arbeitsreichen und doch schönen Posten als Kreiskommandant o. ä. gebracht haben). Wir wollen mit dem „Busch“ schlicht die Weite des afrikanischen Landes meinen, das noch nicht durch Straße und Stromleitung erschlossen ist, mag auch das Flugzeug hier wohlbekannt sein und das Transistor-Radio Musik aus Paris oder gar Nachrichten aus Peking bringen ... Wir meinen die Masse von 80 bis 90 % der Menschen Afrikas, die noch nicht regelmäßig für Entlohnung in Geld arbeiten, die in Selbstversorgungswirtschaft (Subsistence economy) leben oder höchstens am Anbau der landwirtschaftlichen Exportprodukte wie Erdnüsse, Kakao, Baumwolle beteiligt sind.

Freilich, den „unversehrten Busch“ gibt es immer weniger. Der eben erwähnte Anbau von Exportprodukten, der seit kurzem an vielen Stellen äußerst rapide Bevölkerungszuwachs, die ebenfalls erwähnte Abwanderung ganzer junger Generationen in die Städte: diese und einige andere Faktoren erschüttern die Stabilität der althergebrachten Gesellschaft und natürlich auch ihre politischen Strukturen, soweit diese die Kolonialzeit überlebten. Das andere Afrika, die „Stadt“, ist überall auf dem Vormarsch. Nicht nur jede wirkliche städtische Siedlung mit wirtschaftlicher oder administrativer Funktion, sondern auch jede aus dem Busch gestampfte Universität, ja jede Dorfschule, jeder Transistor, jedes Fahrrad, jede Blechschüssel ist ein mehr oder weniger starker, mehr oder weniger „gefährlicher“ Strahlungsträger dieses modernen Afrika, der das alte Afrika „zersetzt“.

Wir setzen Worte wie *gefährlich* oder *zersetzen* in Anführungsstriche, weil wir beim besten Willen nicht wissen, ob diese negativen Beurteilungen gerechtfertigt sind; sie drängen sich gleichwohl selbst dem flüchtigsten Beobachter auf und bleiben auch bei dem haften, der sich vor Busch-Romantik hütet. Es ist unübersehbar, daß die Modernisierung heute Leid und Erschütterung nach Afrika bringt. Wir wissen nicht, ob sie am Ende so segensreich wirken wird wie die (ebenfalls „zersetzende“) Industrialisierung des 19. Jahrhunderts in Europa. Wir wissen aber auch nicht, wie Afrika aussehen würde, wenn es die Modernisierung nicht gäbe. Spekulationen darüber können wir uns sparen, denn es ist und war stets unmöglich, einen Kontinent „sich selbst zu überlassen“.

Wenn auch, wie wir sagten, jeder kleine Transistor ein Vehikel der Modernisierung darstellt, so ist doch die Stadt der sinnfälligste Ausdruck des neuen Afrika, und das Studium der afrikanischen Städte ist für den Soziologen mindestens so wichtig wie das Forschen nach „intakten“ Busch-Gemeinschaften.

Die Städte des neuen Afrika sind jung und werden von jungen Menschen bewohnt. Sie wurden zumeist von Europäern angelegt und gruppieren oft afrikanische Wohnsiedlungen um einen „fremden“ Kern weißer Villen und Büros, in den nun allerdings die Elite der neuen Regime eindringt, um dort im Stil der früheren Herren zu wohnen und zu arbeiten (oder müssen wir ironisch verbessern: zu repräsentieren, während der Brite, Franzose oder Israeli als „technischer Berater“ im Nebenzimmer das Gleiche tut, was er oder sein Vorgänger vorher als Chef auch schon tat?). Die Verwaltungszentralen der ehemaligen Kolonien, die heute ohne Änderung der Grenzen selbständige Staaten sind, liegen oft an der Küste — Europa zugekehrt, nicht dem „Busch“, und ganz buchstäblich per Telefon oder Jet von Europa aus schneller, leichter zu erreichen als von entlegenen Busch-Regionen. Als Hafenzentren sind die Handelszentralen, d. h. zentrale Durchgangs- und Kontrollstationen für die Ausfuhr der Rohstoffe und den Import industrieller Fertigwaren (= Konsumgüter), die zusammen das typische Kennzeichen der kolonialen und neo-kolonialen Wirtschaft sind. Manche dieser Städte blitzen von einer Super-Modernität, die in Europa selbst ihresgleichen sucht; sie bieten dem Besucher aus Übersee nur Luxus-Hotelzimmer zu Super-Luxuspreisen; Taxis in Massen, aber selten ein zuverlässiges Busnetz. Man gewöhnt sich in ihnen sehr schnell daran, keinen Schritt zu Fuß zu gehen (auch wenn es gar nicht so schrecklich heiß ist), und zuckt die Achseln über weltfremde Beamte daheim, die einem zumuten, mit den gleichen 60,— DM Tagessatz auszukommen wie im proletarisch einfachen Paris.

Von europäischen Städten unterscheiden sie sich auch (vor allem natürlich) dadurch, daß sie kaum nennenswerte Industrie besitzen. Wovon leben die Zehntausende, Hunderttausende in den afrikanischen Vorstädten? Zahlen sie für ihre erbärmlichen Blech- und Lehmhütten keine Mieten? Doch, und wie! Sie leben zu einem erheblichen Teil von der traditionellen Gastfreundschaft der „Stammesordnung“, die im heimatlichen Dorf selbst-

verständlich, sinnvoll und keine schwere Last war, hier aber die Löhne der wenigen Verdienner aufzehrt. „Parasitismus“: das oft zitierte Musterbeispiel für eine Sozialtugend des alten Afrika, die unter dem Einfluß der neuen Umwelt zum Hemmschuh der Entwicklung, ja zum Laster wird, die infolgedessen verkümmert, vor der sich immer mehr Afrikaner, die in die moderne Gesellschaft hineinwachsen, heimlich oder offen drücken, deren vorläufiges Weiterexistieren aber Katastrophen und Revolten verhütet. Ein „afrikanischer Ersatz für unsere Sozialversicherung“? Sicher, im Augenblick, aber wehe, wenn nun einer glaubte, dank des Parasitismus könne sich Afrika auf Jahre hinaus den „Luxus“ einer Sozialpolitik ersparen, die zwischen Arbeitszwang und Faulheitsprämien einen vernünftigen Mittelweg sucht.

Von den neuen Städten aus werden im Regelfall Territorien regiert, die größer, meist um ein Vielfaches größer sind als die Bereiche gesellschaftlichen und politischen Loyalitätsempfindens im alten Afrika. Der Staat von heute umfaßt zahlreiche „Stämme“, und die Hauptstadt ist der wichtigste Schmelztiegel, aus dem die „Nation“ hervorgehen soll, d. h., das Bewußtsein einer politischen Loyalität über die alten Gruppierungen hinaus. Gleichzeitig war (und ist) die Hauptstadt der Ort, wo die Präsenz (einst die Herrschaft) des Fremden, des Europäers besonders deutlich wird. Hier liegen daher die Geburtsstätten des afrikanischen Nationalismus, der von Anfang an zwei Fronten kämpfte: gegen Imperialismus und „Tribalismus“, gegen die Vorherrschaft der Europäer und die Rückständigkeit, den Partikularismus des Buschs.

Die Afrikaner in den neuen Städten Afrikas sind beileibe nicht alle wohlhabend, sie sind beileibe nicht alle gebildet, sie sind beileibe nicht alle politisch versiert. Wenn sie sich zusammenrotten und auf Anweisung der Gewerkschaftsführer demonstrieren, können sie allerdings als Block — die Armen und Analphabeten und „Unpolitischen“ — zu einer politischen Macht werden; wenn die Armee Gewehr bei Fuß steht, können sie ein scheinbar stabiles Regime widerstandslos wegfegen, wie in Brazzaville, wie in Dahome geschehen.

Die tonangebende afrikanische Schicht in den neuen Städten ist aber die sogenannte Elite. Man muß diesem Wort zunächst den Beiklang eines sittlichen Vorrangs nehmen, der ihm anhaften mag. Elite bedeutet hier für uns einfach: die wenigen Ausgesonderten, in deren

Händen Macht liegt. Und dann müssen wir sofort hinzufügen: Es handelt sich um eine *bürokratische Elite*. Sie besitzt Macht nicht, weil sie etwa über Kapital verfügte wie die klassische europäische Bourgeoisie oder weil ihr Maschinengewehre zu Gebote ständen wie den Offiziersjungen Lateinamerikas oder weil sie als spirituelle Autorität anerkannt wären wie die Päpste und Bischöfe des Mittelalters. Afrikas bürokratische Eliten besitzen Macht in dem Ausmaß, wie sie Verwaltungs-Maschinerien kontrollieren. Das können staatliche Beamtenapparate oder Parteiapparate sein. Im ersten Falle sind sie eine Hinterlassenschaft der europäischen Kolonisation; im zweiten wurden sie von Afrikanern unter der Herausforderung der Kolonialherrschaft, meist nach dem Vorbild europäischer (oft kommunistischer) politischer Organisationen, als Maschinerien politischen Kampfes geschaffen.

Wir wollen uns hier nicht auf die verschiedenen Vorschläge westlicher und kommunistischer Sozialwissenschaftler einlassen, afrikanische Parteien und Regime zu katalogisieren: als Massen- und Patronatsparteien etwa (Thomas Hodgkin und Ruth Schachter) oder als Mobilisierungs-, Versöhnungs- und autokratische Systeme (David Apter und Carl Rosenberg). Die Übergänge sind in jedem Fall fließend, und die Grundsituation ist fast überall in Afrika die gleiche: Kluft zwischen „Busch“ und „Stadt“. Jede weitere Entwicklung droht diese Kluft noch zu vertiefen, wenn man sie sich selbst überläßt. Es kommt aber darauf an, sie zu verringern oder gar nach Möglichkeit einst zu schließen. Das ist die Aufgabe des Staates, der Regierung, der Partei.

Aber blicken wir noch einen Augenblick auf die bürokratischen Eliten. An vielen Orten lassen sie sich unschwer in zwei Generationen unterteilen: Da sind die „Alten“ — nach europäischen Maßstäben oft noch halbwegs „junge Politiker“ —, die im anticolonialen Kampf zu Führungsstellen aufstiegen. Sie sind oft nur mittelmäßig gebildet, da Afrikaner, als sie jung waren, nur Schulen vorfanden, die sie für subalterne Tätigkeiten vorbereiten sollten. Aber sie haben (vor allem in den ehemals britischen Gebieten) jahre- und jahrzehntelang im eigenen Volk, manchmal im Busch, gelebt. Sie haben feine Organe für die Wünsche und Enttäuschungen der Massen. Auf der anderen Seite stehen die „Jungen“, die jetzt in immer größerer Zahl von den hohen Schulen Europas oder den in europäischem Stil erbauten, als europäische „Inseln“ konzipierten afrikanischen Universitäten heimkehren. Sie sind im allgemeinen europäischen Akademikern intellektuell ebenbürtig und damit ihren älteren

Kollegen überlegen. Aber diese sind ihre Vorgesetzten oder die höchste politische Autorität. Die Jungen drängen, sie pochen auf ihre Diplome; die Alten neigen zum Mißtrauen, werfen ihnen Entfremdung vor, pochen auf ihre Verdienste im anticolonialen Kampf. Solche Rivalitäten können sich in wahren oder erdichteten Verschwörungen entladen.

Es ist an der Zeit, bereits jetzt den Blick auf die dritte Welle zu richten: die Generation der Kinder von heute, die in vielen Ländern schon zu 60 oder 80 % Grundschulen besuchen. Eins ist klar: Für sie alle wird in der bürokratischen Elite kein Platz sein, nicht einmal mehr auf den untersten Rängen. Bisher, noch für die heute Zwanzigjährigen, war der Besuch irgendeiner modernen Schule und die Kenntnis des Englischen oder Französischen der Passierschein unter das Sauerstoffzelt des modernen Gesellschaftssektors. Unter diesem Zelt aber konnte man im wesentlichen nur Verwaltungsarbeit tun, da es keine Industrie gibt. Deshalb ist die Elite bürokratisch. Deshalb drängen die Schul-Absolventen in die Büros, und je höher die Schule, um so höher soll der bürokratische Rang, um so schneller der Aufstieg sein.

Wenn das afrikanische Schulwesen sich weiterentwickelt wie bisher, wird Bildung auch auf relativ hohem Niveau nicht mehr automatisch die Aufnahme in die bürokratische Elite sichern. Auch die Masse draußen im „Busch“ wird lesen, schreiben, rechnen, Englisch oder Französisch können. Sie wird fordern, daß man es ihr ermöglicht, das unter Opfern Gelernte sinnvoll anzuwenden.

Nun gibt es zwei Möglichkeiten, auf diese Herausforderung zu antworten: Entweder die Bürokratie igelt sich ein. Dann muß sie so rasch wie möglich verhindern, daß die Masse lesen, schreiben, rechnen, Englisch und Französisch über das Maß hinaus lernt, das „ihrem Platz in der Gesellschaft“ angemessen ist. Also: zurück zum Prinzip der Arbeitsschulen, wie z. B. belgische Missionare sie um 1900 am Kongo und deutsche in Kamerun einrichteten. Die bürokratische Elite würde sich dann aus ihren eigenen Kindern ergänzen, die man weiterhin möglichst in Europa studieren lassen könnte, damit die „Bauern“ gar nicht erst auf die Idee kommen, eine Universität wäre vielleicht auch für sie da. So ein System kann gut und gerne einige Generationen lang funktionieren (wie übrigens auch die Apartheid durchaus auf längere Sicht lebensfähig ist). Aber es ist nicht demokratisch. Und es erlaubt der Elite, sich auf die faule Haut zu legen, Korruption und Amtsschimmel ins Kraut schießen zu lassen.

Der andere Weg: Man richtet sich darauf ein, daß auch die Masse Bildung hat. Dann muß man die Lebensbedingungen einer rasch wachsenden Masse so umformen, daß sie Anwendung dieser Bildung gestatten. Also Plätze für Hochqualifizierte nicht nur in den Büros, sondern auch in Werkstätten, ja auf den Feldern. Harmonische Umformung des Buschs. Allmähliche Entfernung des Sauerstoffzelts ... Vermischung von Öl und Wasser? Quadratur des Kreises? Sicher, die Aufgabe ist ungeheuer schwierig. Die Investitionen, die aus öffentlichen und privaten Quellen nach Afrika fließen, reichen zwar hier und da für ein frapierendes Entwicklungstempo *unter dem Sauerstoffzelt aus*. Die Elfenbeinküste z. B. ist gar nicht mehr weit vom Rostow'schen Punkt des *take off* entfernt, wenn wir nur auf die globalen Statistiken blicken; aber diese Entwicklung vollzieht sich innerhalb der Ölschicht und nach den Gesetzen des Neokolonialismus, während der Busch viel, viel langsamer vorankommt.

Ist der andere Weg der harmonischen Entwicklung, der sofortigen Beteiligung des Buschs nicht nur an der Alphabetisierung, sondern auch an ökonomisch-sozialer Modernisierung, überhaupt gangbar? Darf man das Sauerstoffzelt fortnehmen? Aber wenn die bürokratischen Eliten mit mehr sachkundiger Kontrolle von außen zu rechnen haben, werden sie sich weniger Schlendrian leisten können. „Busch-Politik“ wird sicher weniger spektakuläre Erfolge melden können; aber sie dürfte auf die Dauer den Staats- und Parteiapparat lebendiger, geschmeidiger erhalten und darum einer vernünftigen Entwicklungspolitik besser dienen. Die Apathie der Massen bedroht die Ansätze zu moderner Entwicklung stärker als eine breite Streuung der Investitionen und Profite. Die vernünftige Mitarbeit möglichst breiter Schichten ist die beste Garantie für ökonomische und politische Stabilität.

Der Staat

Nur eine knappe abschließende Bemerkung kann dem afrikanischen Staat von heute gelten. Wir haben schon deutlich gesagt, wo nach unserer Auffassung seine Pflichten liegen, und in aller Welt sind viele Bücher und Aufsätze, mit denen wir hier nicht konkurrieren können und wollen, seiner Analyse gewidmet worden.

Natürlich erscheint der Staat auf den ersten Blick als Importware, als bloßer Teil des modernen Sektors, der Ölschicht. Aber die

Es ist kein Zufall, daß uns bei der Schilderung dieser Alternative zur „Südamerikanisierung“, die Louis-Joseph Lebret und andere „harmonische Entwicklung“ nennen, mehrfach das Adjektiv „vernünftig“ in die Feder fließt. Diesen Weg kann nur empfehlen oder zu gehen versuchen, wer an Leistungsfähigkeit und Güte der menschlichen Vernunft glaubt — wer Aufklärer ist, wer Bildung ebenso für einen Segen hält wie einst der österreichische Kaiser Joseph II., wer die europäischen Erfahrungen mit der Aufklärung positiv interpretiert; und das ist möglich, ohne der geschichtlichen Wahrheit Gewalt anzutun.

Wir geben offen zu, daß wir dem heutigen Afrika einen gehörigen Schuß Aufklärung wünschen. Wir sehen den Geist der Aufklärung überall wirksam — nicht zuletzt in den christlichen Kirchen Afrikas, die überall nüchterne Bildung und den Appell verbreiten, die unzähligen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen Probleme unter Einsatz der Vernunft und der mündigen Persönlichkeit zu lösen. Und wir stellen mit Interesse fest, wie stark Israel die Afrikaner fasziniert — dieser Staat eines par excellence vernünftigen Volkes, ohne das Europas Aufklärung kaum denkbar gewesen wäre, und das unter seiner Übersättigung mit Gebildeten nicht leidet, sondern intern und für seine Entwicklungshilfe Segen daraus schöpft.

Die Sorge wacher Beobachter vor dem Anrollen einer afrikanischen Bildungswelle ist verständlich. Wenn die gesellschaftliche Kluft so bleibt, wie sie jetzt ist, und wenn die afrikanische Schule demgemäß so bleibt, wie sie ist (und nur in die Verwaltung mündet), dann kann es eine Explosion geben. Aber einige politische Weichenstellungen sollten genügen, um auf dieser gleichen Bildungswelle Afrika — allen Schichten Afrikas — zum Anschluß an die moderne Weltzivilisation zu verhelfen.

rasche und erfolgreiche Formierung mächtiger Nationalbewegungen in den vierziger und fünfziger Jahren läßt sich nicht nur als Kopieren des kommunistischen und anderer europäischer Vorbilder erklären; denn die Massen machten mit, sie „erwachten“ in vielen Ländern buchstäblich zu einer politischen Aktion, in der die Verzahnung von Busch und Stadt für den anticolonialen Kampf Wirklichkeit wurde. Natürlich war die Erlangung der

Unabhängigkeit durch Feilschen mit London oder Paris, ja selbst durch Kampf wie in Algerien eine viel einfachere politische Aufgabe, als die „harmonische Entwicklung“ es heute in der Stunde nach der Unabhängigkeit ist. Manche Nationalbewegung versank in Apathie, weil ihren Führern diese Umstellung nicht gelang. Aber andere versuchen zumindest mit vorläufigem Erfolg, das einstige anti-imperialistische Kampfinstrument nun als Führungsinstrument für eine Entwicklungspolitik einzusetzen. Je besser das gelingt, um so größer sind die Chancen für ein schließliches Forträumen des Sauerstoffzeltes, um so größer sind die Chancen für eine graduelle, aber schrittweise wachsende Beteiligung der Massen am staatlichen Leben und an der politischen Verantwortung (sofort wird deutlich, wie dieser Prozeß mit der Verbreitung der Schulbildung Hand in Hand gehen muß). Hier liegt die einzige echte Hoffnung auf allmähliche Errichtung einer afrikanischen Demokratie. Hier stecken wir mitten im Problem der Umwandlung, der Umwertung konstitutioneller Formeln, die England und Frankreich ihren Kolonien kurz vor der Unabhängigkeit noch schnell mit auf den Weg gegeben haben.

Afrika hielt sich nicht an diese Formeln, die zusammen die Theorie der „westlichen Demokratie“ ausmachen. Es ging in der Praxis über sie hinweg, aber seine Staatsmänner bemühen sich unablässig auch um neue, eigenständige verfassungstheoretische Formulierungen. Mag sein, daß der Afrikaner das Wortspiel besonders liebt, weil ihm nun einmal die Gabe des Wortes zuteil wurde; mag sein, daß hinter dem ganzen „Palaver“ nicht überall geistige Anstrengung steckt, die wirklich die Probleme der harmonischen Entwicklung in den Griff bekommen will. Aber es erscheint uns besser, daß Afrika sich heute offen zu notwendigen Modifizierungen der westlichen Demokratie bekennt, als wenn die vom Westen abgeschriebenen Verfassungen formell unangetastet blieben, während die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit an ihnen vorbeirauscht. Wieder müssen wir an Lateinamerika denken, wo außer Castro und den Brasilianern kaum jemand daran denkt, an der sakrosankten Verfassungstheorie des nordamerikanischen Präsidialsystems zu rühren ...

Das wichtigste Element, das die afrikanischen Staatsmänner heute neu in ihren Verfassungen verankern wollen, ist der allgemeine Konsensus an Stelle der Majoritätsentscheidung. Um

es auf eine ganz einfache Formel zu bringen: Jede Debatte soll nicht nur solange geführt werden, bis 51 von 100, sondern bis mindestens 80 oder 90 von 100 einen bestimmten Entschluß gefaßt, worauf die 10 oder 20 Restlichen nicht bei ihrer abweichenden Meinung beharren, sondern um der Einmütigkeit willen einschwenken. Die Wirklichkeit ist von diesem Ideal meilenweit entfernt? Gewiß, aber wohl nicht sehr viel weiter als unsere politische Praxis von ihrer Grundidee, der Repräsentation des Volkes durch seine („an keinen Auftrag gebundenen“) Abgeordneten ...

Die auf Einmütigkeit zielende Debatte ist ebenso ein politisches Erbgut aus dem alten Afrika, aus dem Busch, wie die starke Sozialbezogenheit des einzelnen ein gesellschaftliches Erbe aus dem gleichen Busch bedeutet. Die Vernunft sagt uns, daß jene harmonische Entwicklungspolitik, von der wir sprachen, ohne ein starkes unternehmerisches Engagement des Staates, ohne sorgfältige Lenkung der Investitionen, ohne einen möglichst langfristigen und möglichst umfassenden *Entwicklungsplan* unmöglich ist. Der „afrikanische Sozialismus“, von dem fast alle Politiker reden und dessen ideologischen Wurzeln bei Marx, Lenin, Thomas von Aquin oder Teilhard de Chardin die europäischen Kommentatoren nachspüren, ist vor allem der praktische Versuch, die traditionelle Sozialbezogenheit des Buschs mit den logischen Schlußfolgerungen des Modernisierungsprogramms zu verzahnen.

Afrikanische Demokratie, Afrikanischer Sozialismus, harmonische Entwicklung, Südamerikanisierung, Stadt und Busch: Das Begriffsgebäude, das wir hier errichtet haben, um einen flüchtigen Blick auf die afrikanische Wirklichkeit zu erleichtern, ist gewiß wacklig, und über mehr als einen Definitionsversuch muß sicher noch gründlich nachgedacht und diskutiert werden. Vielleicht sind wir auch, ganz allgemein gesprochen, zu optimistisch, wenn wir an vernünftige Chancen für Afrika glauben, sich durch die zahlreichen drohenden Gefahren zu einer Zukunft in Friede und Wohlstand durchzukämpfen. Wir gestehen diesen Optimismus ein. Für uns Europäer ist es schwer, auf kritische Zergliederung, Registrierung, Abstempelung der afrikanischen Schwächen und Irrtümer zu verzichten. Aber wir sollten gerade das versuchen und an Optimismus und gutem Willen mit den optimistischen und gutwilligen Afrikanern — bürokratischen Eliten und Massen im Busch — wetteifern.

Zur kommunistischen Afrikapolitik

In der Nachkriegsgeschichte der Ost-West-Beziehungen ragt, wenn man sie aus der Distanz des Jahresbeginns 1964 betrachtet, deutlich eine Periode heraus, in der beide Seiten — Kommunismus und westliche Welt — gleichermaßen jedwede Entwicklung außerhalb ihrer direkten Einflüßzonen mit einem Übermaß an Mißtrauen, Intoleranz und Indolenz verfolgten und verketzten. Nach der Formel, daß gegen uns sein müsse, wer nicht für uns sei, hat der Westen beispielsweise in Asien viele Jahre jede Form selbständiger Politik einzelner Staaten und Regionen abgelehnt, in zahllosen Fällen ultimativ die Bündnisfrage gestellt und mehrmals die Allianz selbst solcher Regierungen erzwungen, die schlechterdings kaum für eine Zusammenarbeit mit dem Westen qualifiziert waren. Ärger noch: Im arabisch-afrikanischen Raum wurde zeitweilig jeder Versuch nationalistischer Gruppen, den Kolonialismus zu überwinden und echte Unabhängigkeit und außenpolitische Handlungsfreiheit zu erlangen, kurzerhand als Beweis für eine „kommunistische Unterwanderung“, ja sogar Lenkung des Nationalismus diskreditiert.

Die westliche Publizistik spiegelte die Leitgedanken einer solchen Betrachtungsweise — die heute längst überwunden ist — getreulich wider. Selbst seriöseste Publikationen nannten den Sturz Faruks 1952 in Ägypten eine „kommunistische Machenschaft“; jahrelang galt der Mau-Mau-Aufstand in Kenia als eine vom Kommunismus gelenkte Verschwörung; nach Ansicht selbst zuverlässigster westlicher Kommentatoren mußten die Wortführer des Antikolonialismus in Westafrika — vor allem Guineas Sékou Touré und Ghanas Kwame Nkrumah — entweder Sympathisanten des Kommunismus oder kommunistische Agenten sein. Und noch heute finden von Zeit zu Zeit jene Darstellungen der Regierung Südafrikas Eingang in westliche Publikationen, wonach rundweg alle Organisationen, die Apartheid und Segregation ablehnen, kommunistische Agenturen sind, die „erwiesenermaßen“ im Auftrag des Kommunismus handeln.

Die explosiven Wandlungen in der afro-asiatischen Welt haben den Westen freilich in den letzten Jahren zum Umdenken gezwungen. Starre Dogmen wichen einer pragmatischen Politik, und zumal in Washington erkannte man seit dem Tod von John Foster Dulles — zunächst zögernd, dann, unter Kennedy, großzügig — an, daß „antiwestlich“ in der afro-

asiatischen Staatenzone nicht axiomatisch kommunistisch oder pro-kommunistisch bedeutet. Die Politik des Non-Alignment wurde hoffähig. Indessen sind die untergründigen, die psychologischen Folgen jener engstirnigen „Entweder-Oder-Politik“ der fünfziger Jahre doch noch spürbar, gerade bei der Behandlung Afrikas in der internationalen Publizistik. Auf der einen Seite kann man immer noch eine maßlose Überschätzung kommunistischer Möglichkeiten und Fähigkeiten im Schwarzen Erdteil erkennen. Andererseits, und dies scheint mir ungleich gefährlicher, begegnen wir einer zunehmenden Verniedlichung der kommunistischen Afrikapolitik: Da sich die Cassandra-Rufe der fünfziger Jahre als Ausbrüche einer allgemeinen politischen Hysterie erwiesen haben, glauben heute nicht wenige, der Kommunismus könne in Afrika überhaupt keine Rolle mehr spielen. Hinweise auf kommunistische Aktivitäten in diesem Erdteil werden denn auch häufig mit dem Bemerkten beantwortet, diese Aktivitäten existieren nur in den Gehirnen ultrareaktionärer Propagandisten des Kolonialismus. Die jungen Führer der neuen Staaten hätten ihre Unabhängigkeit wohl schwerlich erkämpft, um sie sich flugs erneut vom Kommunismus rauben zu lassen.

So argumentieren nicht zuletzt zahlreiche Männer der neuen afrikanischen Elite. Sie fühlen sich durch westliche Ermahnungen vor dem Kommunismus gekränkt und beleidigt. Indessen muß man gerechterweise zugeben, daß der Kommunismus für die Afrikaner auf den ersten Blick weit weniger schrecklich wirkt als auf uns. Wir kennen den Kommunismus seit Jahrzehnten. Wir kennen die einzelnen und grausamen Etappen seiner Machtergreifung und Machtausweitung. Wir wissen um die Barbarei des Stalinismus. Der Afrikaner aber tritt erst in einer Periode in den Dialog oder Disput mit dem Kommunismus ein, da dieser sich relativ liberaler und friedfertiger gebärdet, da zumindest der Sowjetkommunismus die „friedliche Koexistenz“ auf sein Panier geschrieben hat und alles daran setzt, von den weltrevolutionären Endzielen abzulenken, da sich die Sowjetunion als zweiter Superstaat fest im internationalen Gefüge etabliert hat — als jener Staat, der zu seinem Glanze Luniks und Sputniks in den Himmel schießt und dessen Raumfahrer beim Überqueren des afrikanischen Kontinents Grußbotschaften im Namen des Sowjetvolks an die Staatsmänner und

Völker Afrikas herunterfunken. Zudem hat die Sowjetunion — und mit ihr das gesamte „sozialistische Lager“ — zweifellos einiges dazu beigetragen, daß der Kolonialismus so überstürzt von der Bühne der Geschichte abtreten mußte. Sieht man einmal von den *Motiven* der antikolonialen Agitatoren Moskaus ab (und die meisten Afrikaner tun dies bereitwilligst), so ergibt sich die unbestreitbare Tatsache, daß es die Sowjetunion gewesen ist, die als erste Macht etwa in den Organen der Vereinten Nationen für die Befreiung Afrikas auftrat. Das wird widerspruchlos von nahezu allen afrikanischen Führern anerkannt, bis hin zu jenen, die man als „prowestlich“ bezeichnen könnte.

Ein gewichtiger Umstand kommt hinzu, der wesentlich zur Verschleierung des Kommunismus in Afrika beigetragen hat: die Nichtexistenz kommunistischer Parteien auf diesem Kontinent. Kommunistische Parteien bestanden bis vor kurzem nur in den nordafrikanischen Ländern, in Ägypten (verboten), Tunesien, Algerien (verboten), Marokko (ebenfalls verboten). Eine alte, aber illegale Partei, die durch zahlreiche Richtungskämpfe ohnehin zersplittert ist, besteht in Südafrika. Völlig bedeutungslos ist die kommunistische Parteiorganisation Basutolands. Als erste wirkliche kommunistische Partei Schwarz-Afrikas ist daher nur die KP Nigerias anzusehen, die Anfang Dezember 1963 aus der Taufe gehoben, indessen sofort durch Polizeiaktionen behindert wurde. Neben diesen offiziellen Parteien, deren Mitgliederzahl insgesamt nach kommunistischen Quellen nicht über 50 000 hinausreicht, bestehen allerdings noch zwei krypto-kommunistische Parteien im Senegal (der „Parti Africain de l'Indépendance“) und in Kamerun (die „Union des Populations du Cameroun“). Über diese beiden Gruppen wird noch zu sprechen sein.

Hinter diesem Phänomen verbirgt sich, wie ich meine, freilich weniger eine raffinierte Kalkulation des Kreml, sondern weit eher ein Zustandnis an eine für den Sowjetkommunismus höchst widrige, komplizierte Lage. Sie hat ihre Wurzeln in eben jenen fünfziger Jahren, von denen wir eingangs bereits sprachen. Wir haben dabei zunächst nur die engstirnige westliche Politik erwähnt, ohne die damals herrschende kommunistische Linie gegenüber der „Dritten Welt“ zu berühren, die eine überraschende Parallele zum Kurs des Westens bildete. Denn auch die Sowjets gingen bis zur

Natürlich wissen wir, wie töricht es wäre, die kommunistische Frage auf den Parteienfaktor zu reduzieren. Aber in unserem Zusammenhang ist es wichtig, daß das neue Schwarz-Afrika bislang nirgendwo intern mit dem organisierten Kommunismus in seiner ausgeprägtesten Form konfrontiert worden ist. Man kennt hier nicht das Fintieren, Lavieren, Agitieren von Parteien, die radikalste nationale Forderungen verkünden und zugleich doch nicht verbergen können, wie sehr sie von ausländischen Weisungen abhängig, einer fremden Macht und Ideologie dienstbar sind. Und unbekannt ist den Afrikanern auch das instruktive Schauspiel innerparteilicher Machtkämpfe, ideologischer Zänkereien und Schwankungen, des Widerrufs langjährig akklamierter Dogmen und Thesen. Mehr noch: Die Afrikaner konnten sogar beruhigt zur Kenntnis nehmen, daß der Kreml kommunistische Parteien auf dem Schwarzen Erdteil einfach fallen ließ, um die Beziehungen zu den Regierungen dieser Länder nicht zu belasten¹⁾. Das geschah im Falle der ägyptischen, der marokkanischen und der algerischen KP. In Algerien wurden die Mitglieder der Parteileitung unverzüglich angewiesen, die Zusammenarbeit mit dem FLN Ben Bellas zu suchen und auf jedes rechthaberische Protestieren und Aufbegehren zu verzichten.

Hier werden Motive sichtbar, die zweifellos auch bei der Frage einer Gründung neuer kommunistischer Parteien in Afrika eine dominierende Rolle spielen. In der Tat hat Moskau die Bildung selbständiger Parteiorganisationen weder in Basutoland noch in Nigeria (als den beiden letzten Fällen) aktiv gefördert. Manches spricht dafür, daß diese Gründungen spontan von heißspornigen Jungintellektuellen ausgingen, die ohne Weisung von Moskau handelten, ja, dem Willen Moskaus ganz offensichtlich zuwiderhandelten.

Schwenkungen Moskaus

Mitte der fünfziger Jahre vom alternativ formulierten Entweder-Oder aus. Entweder hieß Kommunismus, Oder bedeutete Antikommunismus. Eine Zwischenposition — mit welchen Annäherungswerten nach beiden Extremen auch immer — wurde vom Kommunismus nicht zugelassen. *Ideologisch* resultierte dies in einem maßlos übersteigerten Monopolanspruch des Kommunismus für alle Veränderungen in

1) Vgl. Meshdunarodnaja shisn, Nr. 3/1959, in der die „Notwendigkeit“ eines solchen Standpunkts begründet wird.

Asien und Afrika. „Die Geschichte beweist“, hieß es damals, „daß die nationale Bourgeoisie der kolonialen und halbkolonialen Länder, die mit tausend Banden an die Feudalklassen und an den ausländischen Imperialismus gefesselt ist, die nationale Befreiungsbewegung niemals zum Siege führen kann. Die anti-imperialistische und antifeudalistische Revolution kann nur auf der Basis des Bündnisses von Arbeitern und Bauern und geführt von den Kommunisten triumphieren“²⁾.

Demzufolge ignorierte die sowjetische Propaganda in blindem Fanatismus jedwede Aktion, jedweden Erfolg der „nationalen Bourgeoisie“ im Kampf gegen den Kolonialismus. Oder sie wurden hemmungslos diskreditiert, wie es der ägyptischen Offiziersgruppe geschah, die im Juli 1952 das Regime Faruks stürzte. Da diese Männer keine Kommunisten waren, avancierten sie in der „Großen Sowjet-Enzyklopädie“ rasch zu Angehörigen einer „reaktionären, mit den USA verbündeten“ Clique. Kwame Nkrumahs „Convention People's Party“, damals weit entfernt von irgendwelchen Beziehungen zu dem Kommunismus, wurde 1954 in dem damaligen sowjetischen Standardwerk „Narody Afriki“ (Die Völker Afrikas) ebenso schonungslos als „Schild, hinter dem sich in Wirklichkeit die Herrschaft des englischen Imperialismus verbirgt“, abgehalft. Glimpflich kamen in jener Periode nur ganz wenige afrikanische Politiker davon, Yomo Kenyatta zumal und Felix-Roland Moumié, der Mitte der fünfziger Jahre mit sowjetischer Unterstützung und unter Anleitung kommunistischer Frontorganisationen in Kamerun Guerilla-Operationen gegen die französische Kolonialmacht vorbereitete.

Das Resultat dieses propagandistischen Säuberungsverfahrens war naturgemäß grotesk. Denn die Geschichte — jene Geschichte, von der die Marxisten-Leninisten behaupten, sie allein könnten sie wissenschaftlich exakt vorausbestimmen — setzte sich über die Sowjetthesen mit Riesenschritten hinweg. Die vielgeschmähte „nationale Bourgeoisie“ errang Triumph auf Triumph, und sie führte schließlich in einem historisch kaum meßbaren Zeitraum von nur wenigen Jahren mehr als 30 afrikanische Länder in die Unabhängigkeit. Endlich mußte auch die kommunistische Ideologie kapitulieren. Selbstanklägerisch repetierte 1959 der Engländer Idris Cox auf einem „wissenschaftlichen Forum“ über „die Rolle der nationalen Bourgeoisie im nationalen Be-

freiungskampf“ die alten Dogmen, um schließlich einzugestehen: „In Wirklichkeit aber wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in Indien, Indonesien, Ghana und anderen Ländern die Unabhängigkeit unter der Führung der nationalen Bourgeoisie erreicht.“³⁾

Urplötzlich drehte sich auch die sowjetische Afrikanistik. War sie jahrelang von den stalinistischen Prämissen einer zunehmenden Erstarkung und Revolutionierung des kaum existenten afrikanischen Proletariats (als potentieller Basis für kommunistische Operationen) ausgegangen, so bewies sie nun sogar statistisch eben die offenbare Schwäche dieses selben Proletariats. Die Schlußfolgerung lautete jetzt nicht mehr Klassenkampf, möglichst geführt von der Avantgarde der Arbeiterklasse, einer kommunistischen Partei — sondern Einheitsfront mit allen antikolonialen Kräften, welcher Klassenzugehörigkeit und Ideologie auch immer.

Diese Schwenkung — eine Wendung zu höherem Realitätsbewußtsein — deutete sich bereits auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 an. Sie wurde dann in den beiden roten Konzilstagungen von 1957 und 1960 kanonisiert. Zum endgültigen Umschwung dürfte vor allem die stürmische Entwicklung im Kongo (Leopoldville) entscheidend beigetragen haben. Hier setzte die Sowjetunion — alles Gerede über Koexistenz rasch vergessend — nach den ersten Wirren im Juli 1960 vorbehaltlos auf die Partei Patrice Lumumbas. Mit Geld, Waffen, Anweisungen zum offenen Terrorismus hoffte sie, Lumumba ganz auf die kommunistische Seite herüberziehen und einen roten Brückenkopf im Herzen des Schwarzen Erdteils aufbauen zu können. Mit dem Putsch des Obersten Mobutu zerstoß dieser ganze Traum in ein Nichts. Die heterogene, ideologisch untrainierte, zahlenschwache Anhängerschaft des Kommunismus am Kongo war nicht imstande, den Abzug der ausgewiesenen Ostblockberater wettzumachen.

Als Konsequenz aus dieser fatalen Situation blieb der Sowjetunion nur, sich entweder ganz und für eine längere Frist aus Afrika zurückzuziehen, bis die Gunst der Stunde und ein Stamm revolutionärer Kader ein Neubeginnen erlaubten — oder betont auf die Karte koexistentieller Freundschaft mit den aktuell Mächtigen zu setzen. Die Sowjetunion wählte die zweite Möglichkeit.

2) Sowjetskoje wostokowodenije, Nr. 5—6, 1955.

3) Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 8/1959.

Die Auswirkungen dieses Schrittes sind heute fast überall in Afrika sichtbar. Freundlich lächelnde Sowjetdiplomaten sprechen auf Empfängen, Parties, Freundschaftsveranstaltungen, politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Kongressen zwar viel von der so eng mit Afrika verbundenen, freundlichen Sowjetunion, aber wenig von Sozialismus oder gar Kommunismus. In den Filmtheatern von Dakar bis Mogadischu werden Werbefilme für die Friedenspolitik Chruschtschows, für sowjetische Maisanbaumethoden und Studien in der UdSSR, nicht aber für Kollektivierung der Landwirtschaft, Revolutionierung der Massen, die Weltrevolution gezeigt. Dominierten bei den Sendungen von Literaturgeschenken und im Buchexport der Sowjetunion nach Afrika noch 1960 marxistisch-leninistische Klassikerausgaben, so sind es heute harmlosere Bücher über Sowjetkunst, die russische Landschaft, über Flora und Fauna Sibiriens und die so „ausgezeichneten“ Beziehungen zwischen Sowjetstaat und Sowjetmoslems. Grob geschätzt, sind heute mehr als 75 Prozent aller sowjetischen Propaganda nach und in Afrika Kulturwerbung, überwiegend politisch wertfrei, zumindest kaum ideologisch oder agitatorisch akzentuiert.

In den außenpolitischen Beziehungen mit Afrika macht der Kreml heute keinen Unterschied, ob die angesprochenen Regierungen prowestlich oder strikt neutral, feudalistisch oder sozialrevolutionär, undemokratisch oder demokratisch sind. Der Kaiser von Äthiopien — der Herrscher eines feudalistischen Landes, in dem Macht und Besitz auf die drei Säulen Krone, amharische Grundbesitzerkaste und koptische Kirche verteilt sind — gehört sogar zu den ganz besonders herzlich umworbenen Freunden des Sowjetlandes; und als im Dezember 1960 reformverbundene Offiziere den „Löwen von Juda“ vergebens zu stürzen suchten, sandte der Kreml lange vor Washington Solidaritätsadressen an Haile Selassie, der ein Jahr zuvor mit allen ihm gebührenden Ehren in Moskau empfangen und hofiert worden war. Mit mehr als 100 Millionen Rubel hat Äthiopien obendrein die bislang größte sowjetische Kredithilfe irgendeines schwarz-afrikanischen Staates erhalten — mehr als die sozialrevolutionären Staaten Ghanas und Guineas und das so sowjetfreundliche Mali.

Ein noch bezeichnenderes Beispiel für den außenpolitischen Opportunismus der sowjetischen Afrikapolitik liefern die Beziehungen des Kreml zu Kamerun. Dieses Land wird seit

1955 immer wieder von Unruhen und Aufständen erschüttert, die auch nach seiner Unabhängigkeit am 1. Januar 1960 andauerten. Urheber der Wirren war und ist die terroristische Fraktion der „Union des Populations du Cameroun“ (UPC), die seit 1952, vornehmlich auf eine Filiale des französischen kommunistischen Gewerkschaftsverbandes CGT gestützt, Unabhängigkeit und „Volksherrschaft“ forderte. Auf die schroffe Ablehnung der französischen Kolonialverwaltung und der mit ihr kooperierenden Feudalherren des kamerunischen Nordens antwortete die UPC mit Überfällen, Entführungen, Morden, Sabotageakten, die schließlich in einen blutigen und auf beiden Seiten verlustreichen Bürgerkrieg mündeten. Dieser Bürgerkrieg ist, woran kein Zweifel besteht, jahrelang vom internationalen Kommunismus moralisch, finanziell, mit Waffen unterstützt worden. Als indessen Frankreich dem Land schließlich doch die Freiheit gewährte, schwenkte der gesamte Ostblock — Rotchina ausgenommen — rasch um. Die Versuche der UPC-Führung, die mittlerweile von Exilbüros in Conakry und Accra den Aufstand leitete, die Gewährung der Unabhängigkeit als bloßes Scheinmanöver zu diskreditieren, fruchteten bei den Sowjets nichts. Der stellvertretende Sowjetaußenminister Firjubin stellte schon während der Unabhängigkeitsfeiern die ersten Kontakte zur Regierung Ahidjo her, und er störte sich nicht daran, daß Ahidjo ganz als Mann des feudalistisch beherrschten kamerunischen Nordens auftrat, der jede bescheidene Demokratisierung seines Landes und dessen Gesellschaft strikt ablehnt. Im September 1961 besiegelte der Freundschaftsbesuch einer kamerunischen Delegation in Moskau endgültig das Schicksal der UPC, deren Ende 1960 ermordeter Präsident Felix-Roland Moumié mir schon im April 1960 bitter enttäuscht erklärt hatte: „Die Russen sind keine Revolutionäre mehr ...“ Mittlerweile sprechen Moskau wie Jaunde von „guten gegenseitigen Beziehungen“, und gerade in den letzten Monaten 1963 konnten kamerunische Handelsdelegationen bei Ostblockvisiten die Berechtigung solcher Floskeln unter Beweis stellen.

Die Motive und Absichten einer hier nur kurz und an einigen wenigen Beispielen illustrierten Politik sind offensichtlich. Angesichts des Fehlens kommunistischer Kader im gesamten Schwarz-Afrika benötigt der Kommunismus — wenigstens nach Ansicht Moskaus — Zeit, viel Zeit. Sie soll genützt werden, um ein Klima des Vertrauens zu den jetzt regierenden Schichten und Gruppen zu schaffen, etwaige antikommunistische

nistische Ressentiments abzubauen und durch eine möglichst harmlos drapierte Präsenz des Ostblocks in Gestalt von Handelsdelegationen, Experten für Landwirtschaft oder Zementindustrie, Kulturpropagandisten und so weiter vorsichtig Einblick in und schließlich — vorsichtig, versteht sich — Einfluß auf den Gang der Entwicklung zu nehmen. Höchst realistisch hat Anfang 1962 der belgische kommunistische Ideologe Jean Terfve, ein guter Kenner auch der afrikanischen Verhältnisse, in „Le Drapeau Rouge“ auf die Notwendigkeit einer so behutsamen Taktik verwiesen: „Auf Grund ihres Entwicklungsgrades, der noch unbestimmten Lage der Klassen und der kolonialen Tradition sind sehr viele junge unabhängige Länder noch nicht in der Lage, klar zu sehen und eine einheitliche Politik zu verfolgen. Sie vermögen ihre Politik noch nicht in Richtung auf den Sozialismus zu orientieren ... Das ist

allerdings eine vorübergehende Erscheinung, und der Prozeß der politischen Reife wird schnell voranschreiten ... Immerhin muß man berücksichtigen, daß dieser Prozeß eine gewisse Zeit für seine Entfaltung braucht und die blockfreien Länder eigene Erfahrungen sammeln müssen ...“⁴⁾

Diese „gewisse Zeit“ will der Kommunismus nützen, und natürlich will er sie, wo immer möglich, beschleunigen. „Im gegebenen Falle“ — schreibt der sowjetische Publizist Alexander Sobolew in „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ — „pflegen die Marxisten in Abwandlung der bekannten Metapher von W. I. Lenin zu sagen: Wenn ein revolutionärer Demokrat oder ein Vertreter der nationalen Bourgeoisie einen Schritt nach vorn tun will, so ist es die Pflicht des Marxisten, ihm zu helfen, daß er zwei macht.“⁵⁾

Die Schlappe in Guinea

Freilich kann der Marxist, um bei dem Ausdruck Sobolews zu bleiben, in einem solchen „gegebenen Fall“ auch allzu übereifrig seine Pflicht tun und dabei selber stolpern. So jedenfalls erging es dem Sowjetbotschafter Daniil S. Solod in Guinea, als er im Dezember 1961 die Zeit für gekommen hielt, dem „revolutionären Demokraten“ Sékou Touré zu „helfen“, statt eines Schrittes nach vorn zwei zu machen. Rapportieren wir kurz die Vorgeschichte; sie ist, für sich selbst genommen, aufschluß- und lehrreich genug. Am 28. September 1958 erkämpfte sich Guinea als einziges Territorium der alten „Union Française“ bei der Abstimmung über de Gaulles Communauté-Referendum durch ein glänzend organisiertes, nahezu einstimmiges „Non“ der Bevölkerung die sofortige Unabhängigkeit. Frankreich — und mit ihm zunächst auch der gesamte Westen, in falschverstandener Solidarität an Paris gebunden — ließ Guinea augenblicklich fallen. Sämtliche Berater, Techniker, Experten wurden unverzüglich zurückberufen; sie rissen, zumal in der Hauptstadt Conakry, technische Installationen, ja sogar lebenswichtige Apparate und Hilfsmittel ab. Jeder Handelsverkehr wurde sofort eingestellt. Die das Land mühsam erhaltenden Zuwendungen und Kredite aus Paris wurden gestoppt.

Guinea stand in diesem Augenblick vor dem Bankrott. Der Ostblock rettete den jungen Staat. Beginnend mit der von Moskau geschickten deutschen Sowjetzone sprachen sämtliche Ostblockstaaten in rascher Folge die Anerkennung der guineanischen Unabhängig-

keit aus. Das „sozialistische Lager“ erklärte sich überdies schnell bereit, die Erzeugnisse Guineas, vor allem seine Bananen, zu Preisen abzunehmen, die hoch über dem Weltmarktniveau lagen. Als Gegenleistung kamen Rübenzucker aus der Zone, Weizen aus der Sowjetunion, Streichhölzer aus der ČSSR, Öl aus Bulgarien, Treibstoff aus Rumänien, Omnibusse aus Budapest und Prag, Bier aus Radeberg und Pilsen, Baustoffe aus Leningrad, Hafenausrüstungen aus Danzig. Mit diesen Waren kamen sogar Waffen, Ausrüstungsteile und Uniformen für Armee und Polizei — und noch wichtiger: Hunderte von kommunistischen Helfern, Beratern, Trainern und Dutzende kommunistischer Jugend-, Gewerkschafts-, Genossenschaftler- und Parteidelegationen. Innerhalb eines Jahres verwandelte sich Guineas Kapitale Conakry in einen Außenposten des Ostblocks.

Die Abhängigkeit Guineas von seinen kommunistischen Freunden wuchs von Monat zu Monat. In den wichtigsten Ministerien und Schlüsselstellungen des jungen Staates konnten die Berater aus Osteuropa schalten und walten, wie sie es wollten. In den Schulen hielten Lehrer aus Prag und Leningrad DIAMAT-Kurse ab. Die Jugendorganisation der guineanischen Staatspartei wurde nach dem Vorbild des Komsomol umgebaut und ideologisch indoktriniert. Staatliche Eingriffe

4) Le Drapeau Rouge, Brüssel, 5. bis 17. 1. 1962.
5) Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 2/1963.

reduzierten den Einfluß der Religionen und Kirchen auf ein Minimum. Gegen „Abweichler“ und „Staatsfeinde“ gab es Schauprozesse, aufsässige Dörfer mußten Strafaktionen über sich ergehen lassen.

Maßgeblichen Anteil an dieser bestürzenden Entwicklung, die nur mit der Kubas verglichen werden konnte, hatte schließlich Daniil Semjonowitsch Solod selbst, seit Frühjahr 1960 Chruschtschows Mann in Conakry. Solod hatte zuvor bedeutende Auslandsposten im Nahen Osten bekleidet, und seine Fähigkeit, mit den Arabern zu taktieren und in Kontakt zu kommen, hatte ihm bei westlichen Diplomaten im Orient bald den Spitznamen „Mr. Troublemaker“ eingetragen. Solod erreichte schon rasch nach seiner Ankunft in Conakry, daß sich vor allem die guineanische Außenpolitik mokautreu orientierte. Zumal in der Kongofrage arbeiteten Sowjets und Guineaner dann Hand in Hand. Solod suchte jedoch mehr als die Zusammenarbeit mit Guinea. Er wollte Guinea zum Brückenkopf für rote Operationen an der gesamten Westküste ausbauen. So zog er, wieder in enger Kollaboration mit den Guineanern, nach und nach zahllose oppositionelle Politiker aus den umgrenzenden Staaten nach Conakry, wo sie in ihrer Radikalität bestärkt, mit Geld und Propagandamaterial, ja auch mit Waffen reichlich ausgestattet wurden.

Zunächst war diese Politik außergewöhnlich erfolgreich. Guineas Abhängigkeit vom Ostblock wuchs 1960 immer mehr, ebenso wie das Zutrauen der Sowjets in den Staat Tourés. Das ging soweit, daß die kommunistische Presse Guinea häufiger und häufiger als eine „Volksdemokratie“ bezeichnete⁶⁾.

Mit anderen Worten: In sowjetischen Augen hatte Guinea nunmehr die vorletzte Stufe vor einer definitiven Umwandlung in einen vollausgebildeten „Sozialistischen Staat“ erreicht. Die Zuerkennung des Leninpreises an Sékou Touré 1961 kam daher kaum überraschend, ebensowenig wie die Einladung Moskaus an den „Parti Démocratique de Guinée“ (PDG), eine offizielle Abordnung zum XXII. Kongreß der KPdSU zu entsenden. Bei ihrer Ankunft in der Sowjetmetropole wurden die Angehörigen der Delegation offiziell „towarischtschi“ — also Genossen — titulierte. „Jene, die in gemeinsamer Sache gegen die gleichen Feinde und für den Sieg der gemeinsamen Ideale kämpfen“, sagte dann auf dem Kongreß der guineanische Delegationschef Saifoulaye Diallo, „stehen ganz natürlich im gleichen Lager.“ Und an anderer Stelle seiner Rede: „Das revolutionäre

Afrika weiß, daß es sich wirklich auf die sozialistischen Länder verlassen kann.“⁷⁾

Indessen, diese Worte müssen Saifoulaye Diallo fast im Halse stecken geblieben sein; denn die letzten Monate vor dem XXI. Parteitag der KPdSU hatten unmißverständlich demonstriert, daß sich Guinea in Wahrheit nicht auf den „selbstlosen Beistand“ des Sozialismus verlassen konnte, der dem Lande so oft und so emphatisch versprochen worden war. Im Gegensatz zu den ursprünglichen Starthilfen und den großen wirtschaftlichen Versprechungen unternahm der Ostblock seit dem Frühjahr 1961 von Monat zu Monat weniger, um dem armen und von zahllosen Krisen erschütterten afrikanischen Partnerstaat beizustehen. Offenbar von der Annahme ausgehend, eine Vertiefung der guineanischen Wirtschaftsmisere werde das Land, das sich selbst den Rückweg zum Westen abgeschnitten habe, rasch und komplett zur kommunistischen Beute machen, traten die Sowjets und ihre Satelliten kurz.

Versprochene Nahrungsmittel blieben entweder ganz aus oder sie erreichten Guinea in verdorbenem, ungenießbarem Zustand (so eine ganze Schiffsladung Getreide, das aus sowjetischen Heeresbeständen stammte). Als wollten sich die Sowjets über die Guineaner lustig machen, schickten sie große Posten von WC-Dekeln. Russische und tschechische Techniker erwiesen sich als unfähig, die Wasser- und Stromversorgung Conakrys störungsfrei zu machen. Kaum weniger befähigt erwies sich der aus dem Ostblock entsandte Kader für den Betrieb und Ausbau des Flughafens von Conakry — nach heftigen Disputen wurde er endlich durch ägyptische Fachleute ersetzt. Eine von der deutschen Sowjetzone errichtete Großdruckerei mußte schon wenige Wochen nach der gefeierten Inbetriebnahme im Sommer 1961 wegen schwerer Konstruktionsmängel teilweise stillgelegt werden. Andere bedeutende Projekte, die nach sowjetischen Plänen aus einem schon 1959 gewährten Kredit verwirklicht werden sollten, wurden immer und immer wieder hinausgezögert.

Zur gleichen Zeit, da sich diese Fehler und Pannen der sowjetischen „Hilfe“ im Land immer spürbarer auswirkten, zeigten sich auf der anderen Seite die Konsequenzen der immateriellen kommunistischen Unterstützung. Denn wenn auch der erhoffte Strom von Nahrungs- und Konsumgütern, Betriebsmitteln und Apparaturen aus dem Osten versiegt war — die rote Propagandaflut ebte keineswegs ab. Trotz einer vorsichtigen Intervention Tourés

6) So z. B. A. Arzumanjan in der Moskauer „Pravda“ vom 17. 12. 1961.

7) Prawda, 26. 10. 1961.

gegen die gesteigerte kommunistische Propaganda kamen unablässig neue Delegationen, Instrukteure, Freundschaftsgruppen, und immer größere Mengen von Filmen, Broschüren, Büchern, Zeitschriften aus dem Ostblock. Bei dem Ausmaß dieser ideologischen Beeinflussung, die lange von der Führung Conakrys toleriert, ja sogar gefördert worden war, konnte es zudem kaum ausbleiben, daß nunmehr auch eine wachsende Zahl vor allem junger Funktionäre der Partei und der Jugendorganisation wie der Staatsgewerkschaft die vom Osten ins Spiel gebrachte These aufgriffen, die akuten Schwierigkeiten Guineas seien Teil einer „natürlichen Wachstumskrise“; diese wiederum erkläre sich aus den fortbestehenden „Klassenwidersprüchen“ und der ideologischen Unentschiedenheit des Regimes. Eine Verbesserung der Lage könne folglich nur durch die Preisgabe letzter Vorbehalte gegenüber dem „wissenschaftlichen Sozialismus“, mithin durch einen konsequenten Übergang zum Sozialismus orthodoxer Prägung erreicht werden.

Diese Forderungen kamen zum ersten Male in aller Deutlichkeit während eines Prozesses gegen mehrere Funktionäre der guineanischen Lehrer-Union zur Sprache, der am 24. November 1961 endete, stärker aber noch bei sich anschließenden Demonstrationen von Schülern, Studenten, jungen Gewerkschaftlern in den Straßen Conakrys. Das Schicksal Guineas und Sékou Tourés stand an diesen Tagen buchstäblich auf des Messers Schneide. Aber Touré zögerte im entscheidenden Moment nicht. Er griff hart durch, regierte mit den Methoden des Ausnahmezustandes, ließ verhaften, die Schulen schließen, deportieren.

Immerhin dauerte es noch zwei Wochen, ehe sich Touré am 11. Dezember 1961 zu einer ersten Erklärung aufraffte und das für Guinea — und die ganze Welt — sensationelle Wort von einer „kommunistisch inspirierten Verschwörung“ aussprach. Zugleich wurde Staatsminister Diallo Alpha nach Moskau entsandt, wo er am 18. Dezember 1961 von Chruschtschow empfangen wurde. Im Auftrage seines Präsidenten forderte Diallo Alpha ultimativ die Abberufung Sowjetbotschafters Solod, die dann auch sofort und überstürzt vollzogen wurde.

Mag im Dunkeln bleiben, was Solod nun wirklich getan hatte — die unmittelbare Reaktion des Kreml war mehr als bezeichnend. Hätte ein westlicher Staat es gewagt, den sowjetischen Botschafter bei Nacht und Nebel davonzujagen, so wäre die Antwort Moskaus unzweifelhaft dramatisch ausgefallen. Im Solod-Fall antwortete der Kreml indessen mit einem Versuch massiver Beschwichtigung. Er schluck-

te die Ausweisung Solods und beorderte unverzüglich Anastas Mikojan zu einer Blitzvisite nach Conakry. Der Empfang war alles andere als freundlich. Verzweifelt bemühte sich der Armenier, die Guineaner davon zu überzeugen, alles sei ja nur ein „Mißverständnis“ gewesen. Auf die Versicherung Mikojans, die sowjetische Politik respektiere die Souveränität und Unabhängigkeit aller Völker vorbehaltlos, antwortete Touré ihm drohend, andere Nationen sollten sich in Zukunft hüten, die Revolution ihres Stils nach Guinea zu importieren.

Seither haben sich die Beziehungen Conakry-Moskau wieder normalisiert — normalisiert im Sinne der diplomatischen Sprache. Sofern noch von einem Einfluß des Ostens auf die politische Willensbildung in Guinea gesprochen werden kann, verläuft er auf halblegalen Bahnen, vornehmlich im Gewerkschaftssektor, wo noch immer zahlreiche Funktionäre ihren sozialistischen Träumen nachhängen. Ökonomisch ist der Westen in die Bresche gesprungen, und Sékou Touré hat im letzten Jahr nicht nur Frieden mit Frankreich geschlossen, er hat auch in der ökonomischen und sozialen Struktur seines Landes für eine Milderung des ursprünglichen sozialistischen Kurses gesorgt. Statt weiter zu verstaatlichen, wird heute reprivatisiert. Statt von einer Anlehnung an fremde sozialistische Modelle spricht man heute in Conakry vom „eigenen Weg“, den es zu finden gelte.

Aber kommen wir auf den Fall Solod noch einmal zurück, weil er exemplarischen Charakter trägt. Er demonstrierte zweierlei auf eindringliche Weise:

1. Die sowjetische Afrikapolitik ist da, wo sie den koexistentiellen Rahmen sprengt, nicht nur nicht fehlerfrei, sondern bis zu einem hohen Grade sogar unfähig, die vorhandenen Chancen in diesem Erdteil — und zumal in einem psychologisch so anfälligen Land wie Guinea! — voll auszuschöpfen. Verwirrt durch die spezifischen Bedingungen Afrikas und die daraus resultierende Notwendigkeit, gleichzeitig Antworten unterschiedlicher Natur — d. h. differenzierte Taktiken gegenüber den jeweiligen Gruppen, Parteien, Regimes — zu finden, behindert durch die vielfältigen Schwächen eines überbürokratischen Außenhandels, relativ ungeübt in den Praktiken effektiver Entwicklungshilfe, unterlaufen den Sowjets eminente Trugschlüsse und Fehlleistungen, wie man sie bisher nur beim legendären „häßlichen Amerikaner“ zu finden glaubte.

2. Der radikale „afrikanische Sozialismus“ hat selbst in der Einfärbung Sékou Tourés und bei aller Bereitschaft zur Kooperation mit dem

Kommunismus noch immer zahlreiche Vorbehalte, die sich aus dem hohen Grad nationalistischer Leidenschaft und — damit eng verknüpft — aus dem persönlichen Stolz der Führer ergeben. Dieser Stolz ist Ausdruck eines Leistungsbewußtseins, wie es etwa auch einen Mann wie Tito beherrschte, als er gegen die sowjetische Bevormundung aufbegehrte. Wie der jugoslawische Titoismus, so beruft sich auch der guineanische Sozialismus darauf, die Unabhängigkeit selbst erkämpft und eigenständig die organisatorische wie ideologische

Basis für diese Aktion geschaffen zu haben. Daß der Vergleich zwischen Touré und Tito, Guinea und Jugoslawien nicht zu weit geführt werden kann, bedarf keines Wortes; daß hier aber auch einige Gemeinsamkeiten vorliegen, steht ebenso außer Zweifel. Und wie im Falle Jugoslawien wird es auch im Fall Guinea — auf lange Sicht berechnet — sicher noch viele Schwankungen, Wendungen, überraschendes Hin und Her geben, ehe die Position dieses Staates eindeutig fixiert werden kann.

Der chinesische Kommunismus in Afrika

Sieht man von dem überstürzten Kongo-Unternehmen der Sowjets einmal ab, so ist Moskau bislang in Guinea am weitesten vorgestoßen. Aber der Sowjetkommunismus überschätzte seine Möglichkeiten, unterschätzte den afrikanischen Nationalismus. Am Ende stand nicht ein Erfolg à la Kuba, sondern eine schwere Schlappe. Überhastet und ungeschickt zerrissen die Abgesandten Moskaus in Conakry selbst den Schleier koexistentieller Phrasen, mit dem die eigentlichen Ziele Moskaus in Afrika sonst so achtsam umflort werden. Unmutig polterte auch Chruschtschow einige Monate später über die mangelnde Einsicht bei den Führern der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegung, die nicht erkennen wollten, daß „der Weg des Sozialismus der kürzeste Weg zu völliger Freiheit ist“. Jedes Volk aber werde einmal vor die Entscheidung gestellt, ob es den kapitalistischen oder den sozialistischen Weg wählen wolle. Die nationalen Führer würden begreifen müssen, daß der endgültige Sieg nur in enger Verbindung mit der Arbeiterklasse und allen „progressiven Kräften“ möglich sei. „Entweder verstehen sie das, oder dann werden andere kommen.“⁸⁾

Aufs ganze gesehen vermeidet es der Sowjetkommunismus freilich, in so drastischen Worten seine Absichten preiszugeben und somit die umworbenen Führer des neuen Afrika zu schrecken. Wie denn überhaupt der Rückschlag in Guinea die Sowjets eher dazu ermuntert hat, vor- und umsichtig zu taktieren und den zeitbedingten Opportunismus zu kultivieren, über den wir bereits sprachen. Das gilt auch für die Sowjetpolitik in Mali und Ghana, jenen beiden Ländern, die neben Guinea ebenfalls Delegationen zum XXII. Parteitag der KPdSU nach Moskau entsandten und die in der Sowjetpublizistik als Beispiele für „Staaten der nationalen Demokratie“ genannt wur-

den. In Bamako wie Accra sucht der Kreml jedenfalls ganz offensichtlich, eine Wiederholung des guineanischen Fiaskos zu vermeiden. Modibo Keita und Kwame Nkrumah gehören mittlerweile ebenfalls zu Leninpreisträgern, aber niemand in Moskau sieht in ihnen wohl leicht zu handhabende Figuren auf einem Schachbrett, auf dem ausschließlich nach Sowjetregeln gespielt werden darf. Es gibt in Mali wie Ghana zahllose Beispiele für eine kommunistische Kulturinfiltration, es gibt in beiden Ländern beträchtliche Sowjetfolge bei der Manipulation der dortigen Informationsmedien, es gibt auch enge Kontakte zu den beiden herrschenden Staatsparteien — aber ganz im Gegensatz zu Guinea scheint im Umgang mit Ghana und Mali die nüchterne Kalkulation vorzuherrschen.

Dieser Grundzug der sowjetischen Afrikapolitik ist nun allerdings nicht unangefochten geblieben. Der *chinesische Kommunismus* hat den offenkundigen Opportunismus der UdSSR und der moskautreuen Ostblockstaaten vielmehr heftig kritisiert. Ja, ich glaube sogar, daß die Differenzen über die Afrikapolitik des Ostens einen ganz wesentlichen Bestandteil des Konflikts zwischen Moskau und Peking bilden. In der politischen Praxis sind diese Gegensätze vor allem im Falle Kamerun sichtbar geworden. Wir haben an anderer Stelle schon geschildert, wie die Sowjets — beginnend mit dem Unabhängigkeitstag Kameruns am 1. Januar 1960 — sich schrittweise aus dem kamerunischen Bürgerkrieg herausgezogen, wie sie die UPC Moumiés fallengelassen und schließlich koexistentielle Beziehungen zur Regierung von Jaunde aufgenommen haben. Peking hat diese Schwenkung nie mitgemacht. Im Gegenteil: Die Chinesen übernahmen sofort die Finanzierung, Ausbildung und Bewaffnung der kamerunischen Guerillas, und in dem bereits erwähnten Gespräch hat der damalige

⁸⁾ Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe, 21. 5. 1962.

UPC-Präsident Moumié keinen Zweifel daran gelassen, daß die kamerunische Erhebung nur mehr auf der Unterstützung durch Mao basierte. Die kamerunische Regierung ihrerseits hat gerade 1962/63 wiederholt auf die chinesische Rückendeckung für die Rebellen hingewiesen und mehrmals über die Ausbildung von Guerillakämpfern aus Kamerun in Rotchina berichtet. Peking war es auch, das auf dem Höhepunkt der kongolesischen Wirren des Jahres 1960 den UPC-Präsidenten Moumié mit einer Ausbildergruppe in den Kongo entsandte, damit sie dort Guerillas der Lumumbisten in den Taktiken des Partisanenkampfes unterweisen konnten. Oberst Mobutu vertrieb die Kameruner kurzerhand, nicht ohne zuvor der Presse Material über das beabsichtigte Peking-Spiel im Kongo präsentiert zu haben.

So massiv Peking aber auch in Kamerun eingegriffen und so sehr es sich auch um Einfluß in den Kongowirren bemüht hat: durchschlagend war der Erfolg weder hier noch dort noch anderswo in Afrika. Das hinderte und hindert die Rotchinesen nicht, die sowjetische Linie scharf zu attackieren, wie es vor allem in Moshi/Tanganjika während der III. Afro-asiatischen Solidaritätskonferenz im Februar 1963 geschah. Vor den Augen Hunderter Asiaten und Afrikaner lieferten sich Chinesen und Sowjets harte Rededuelle, in denen die einen für die Zusammenarbeit mit der nationalen Bourgeoisie, für weltweite Abrüstung und friedliche Koexistenz mit allen Völkern plädierten, während die anderen — die Chinesen also — für die „zweite Revolution in Afrika und Asien“ Stimmung zu machen suchten und den bewaffneten Kampf gegen die Bourgeoisie und für ein farbiges Proletariat propagierten⁹⁾. Mehr noch: Beginnend mit der Moshi-Konferenz spielte Peking immer offener die Karte einer „wachsenden Solidarität aller farbigen Völker“ gegen die „weißen“ Russen aus. Bitter beklagten sich die Sowjets ein halbes Jahr später: „Der Leiter der chinesischen Delegation (auf der Konferenz in Moshi) erklärte den sowjetischen Vertretern, daß ‚Weiße hier nichts zu suchen hätten.‘“¹⁰⁾

Wie sehr sich die Sowjets getroffen fühlten, zeigte eine lange Sendereihe von Radio Moskau für Afrika im August 1963, in der immer wieder auf die rassischen Solidaritätsbetreibungen der Chinesen verwiesen wurde. Zur gleichen Zeit meinte allerdings auch Mao gegenüber einer Gruppe afrikanischer Peking-

besucher, daß Chinas Übereinstimmung mit den afrikanischen Revolutionären sich „nicht auf Rasse, sondern Solidarität“ gründe¹¹⁾.

Trotzdem sucht China zweifellos eine asiatisch-afrikanische „Front der Farbigen“ aufzubauen — sowohl gegenüber dem Westen wie gegenüber dem Sowjetkommunismus. Tschou En-lais Afrikatour im Dezember 1963/Januar 1964 diente ganz offensichtlich diesem Ziel. Seine Agitation gegen eine geplante Neuauflage der Belgrader Konferenz nicht-engagierter Mächte (an der China nicht teilnehmen könnte) und sein Liebeswerben für eine Neuauflage der Bandung-Konferenz afro-asiatischer Staaten — selbstredend unter Einschluß Chinas — zeigten das ebenso klar wie die zu gleicher Zeit laufende Radiowerbung Pekings in Sendungen für Afrika, in der immer wieder auf die Gemeinsamkeiten Peking-Chinas mit den „übrigen ehemals kolonialen und halbkolonialen Ländern“ verwiesen wurde.

Diese konstruierte geschichtliche Gemeinsamkeit ist in Afrika in der Tat weitgehend als These akzeptiert worden. Wer sich eingehend mit Afrikanern über die Sowjetunion und China unterhalten hat, wird mir zustimmen, daß China weit mehr Bewunderer findet als Rußland. Nicht nur Senegals Präsident Senghor hat davon gesprochen, daß ja eigentlich die Sowjetunion ein europäisch-weißer Staat sei. Auch der Durchschnittspolitiker Afrikas empfindet so. Die Ansicht eines Ghanaers möge für die Ansicht vieler stehen: „Ich kenne den Westen, und jetzt habe ich auch die Sowjetunion kennengelernt. Beide, West wie Ost, reden von ihren großen Gegensätzen. Aber was ist schon für ein Unterschied zwischen dem Ruhrrevier und den großen Stahlkombinaten am Donez? Die Russen mögen vielleicht weniger gut zu essen haben, und sie haben ganz sicher nicht so viele Konsumgüter, Autos und Kühlschränke wie die Leute im Westen. Aber im Prinzip sind die Unterschiede, von Afrika her gesehen, nicht allzu groß, und in zehn Jahren wird die Übereinstimmung noch viel größer sein. Für uns ist jedenfalls der zivilisatorisch-technische Standard der einen wie der anderen unerreichbar weit entfernt.“ Mein Gesprächspartner war zwar noch nicht in China gewesen, aber er fügte dennoch, wie selbstverständlich, hinzu: „Das ist es gerade, was uns mit den Chinesen verbindet: Sie haben keine Stahlwerksgiganten, sondern pusseln wie wir mit Kleinschmelzen herum. Sie haben, wenigstens vor zehn Jahren, auf der gleichen Stufe wie unsere Völker gestan-

9) Ausführlich dazu Schatten: „Die III. Afro-asiatische Solidaritätskonferenz“, in Ostprobleme, Nr 11/1963.

10) Prawda, 14. 7. 1963.

11) The Interpreter, London, Nr. 9 (September) 1963.

den — arm, vom Kolonialismus ausgeblutet, Spielball der mächtigen Weißen. Und was haben sie in diesen zehn Jahren geschafft!"

Das mag für europäische Ohren seltsam klingen. Aus afrikanischer Perspektive sieht es sich indessen ganz anders an, und wir wären schlecht beraten, wollten wir über solche und ähnliche Argumente mit einem mitleidigen Lächeln hinweggehen. Wir sollten dies um so weniger tun, als — wie ich nach manchen Erfahrungen glaube — die radikale chinesische Agitation gegen den „Imperialismus“ und „Kolonialismus“ und gegen die „nationale Bourgeoisie“ bei den jungen, radikalen Intellektuellen in Afrika ganz anders wirkt als die opportunistische sowjetische Methode. Wie

Felix-Roland Moumié im April 1960 zu mir sagte: „Die chinesischen Kommunisten sind die einzigen wirklichen Revolutionäre. Sie wissen, worauf es in Afrika ankommt.“

Worauf kommt es diesen Leuten vom Schlage Moumiés an? Nicht auf komplizierte philosophische Anleitungen im Stile des sowjetischen DIAMAT, nicht auf langfristig gesteckte Kalkulationen, in denen es von Wens und Abers wimmelt und zur Bedachtsamkeit geraten wird, sondern eben auf jene chinesische Formel, wonach der Kommunismus in den unterentwickelten Ländern eine Sache der Zusammenarbeit zwischen revolutionierten Bauernmassen und Guerilla-Kaders sei und wonach jedwede politische Macht „aus dem Lauf eines Gewehrs“ entspringe.

Kommunistische Ansatzmöglichkeiten in Afrika

Damit sind wir bei der entscheidenden Frage angelangt: Für wen und in welcher Form hat der Kommunismus in Afrika heute und in naher Zukunft überhaupt etwas zu bieten? Wo sind die wichtigsten psychologischen und intellektuellen Ansatzpunkte? Und gibt es vielleicht gar „objektive Bedingungen“, die den Kommunismus zwangsläufig fördern, ihn favorisieren?

Beginnen wir mit dem letzten Faktor, so stoßen wir bei nüchterner Untersuchung der gegenwärtigen Situation Afrikas auf eine ganze Anzahl höchst kritischer Momente, die kaum optimistische Prognosen zulassen. Zwanzigstes Jahrhundert und Mittelalter sind in den meisten Gebieten zugleich präsent. Fanatische Aufgeklärtheit unter den Evolués und fanatischer Traditionalismus stehen sich meist unmittelbar gegenüber. Tiefe Unwissenheit, ja Obskurantismus kontrastieren mit einem schon hemmungslosen Intellektualismus. Enges Stammesdenken wetteifert mit hohen nationalen Forderungen, Arbeitsverachtung mit dem Zwang zu wirtschaftlichem Aufbau, Masseneid mit dem Prunk feudalistischer Fürsten und dem Protz junger Emporkömmlinge. Aus diesem gigantischen Wust von Gegensätzen, Konflikten, Unvereinbarkeiten heraus einen klaren Kurs zu steuern, ist eine wahrhaft abenteuerliche Aufgabe, jedermann überfordernd. Die neuen Führer des jungen Afrika haben sie sich zumeist dadurch zu erleichtern gesucht, daß sie jede Diskussion *ihrer* Methode, diese Aufgabe zu lösen, eingeschränkt haben. Bis auf wenige Ausnahmen haben sie allesamt auf die *Diktatur* gesetzt, deren Einführung sie mit der Notwendigkeit zu nationaler Einheit

und heftigen Argumenten gegen die Demokratie begründen, die für Afrika völlig untauglich sei.

Es kann nicht an uns liegen, sie *deshalb* zu tadeln. Aber die Männer der neuen Garde blieben unglücklicherweise dort nicht stehen, wo die Diktatur noch „gutwillig“, erträglich, durch liberale Züge menschlich gewesen wäre. Sie zentralisieren die Staatsverwaltung bis in die letzten Verzweigungen durch. Sie verstaatlichen die Gewerkschaften, die Presse, kulturelle Institutionen. Sie erklären Opposition für Verrat. Sie schufen, schafften oder trachten nach der Einführung von „Preventive Detention Acts“ und ähnlichen Ausnahmegesetzen, die es ihnen ermöglichen sollen, jeden Konkurrenten auf Jahre hinaus ohne Verfahren von der politischen Bühne zu verbannen, ins Gefängnis oder in Konzentrationslager zu werfen. Das alles im Namen nationaler Einheit, nationalen Aufbaus.

Freilich, die Geschichte läßt sich selten überlisten, und so ist denn auch in Afrika ironischerweise das Resultat dieser „Einigungsprozesse“ das Gegenteil des Erhofften. Opposition regt sich selbst dort, wo sie zunächst kaum zu vermuten war. Gewerkschaften, die ursprünglich zu einem Höchstmaß an Zusammenarbeit mit den Regierungen bereit waren, werden — einmal in den Dienst und die Botmäßigkeit der Regime gestellt — plötzlich zu Brutstätten nicht mehr nur gewerkschaftlicher, sondern geradezu parteipolitischer Rebellion. Die gegängelte Presse verschafft sich ausgefallenste Ventile. Zahme Opponenten entwickeln sich unter dem Zwang uniformisti-

schen Denkens nicht zu willfährigen Kreaturen, sondern zu Verschwörern großen Formats.

Entscheidend für alle diese Männer, Gruppen, Institutionen ist vor allem, daß ihnen der Rahmen der Gesetze und Konstitutionen ein Handeln im *legalen Raum* nicht mehr gestattet. Legal ist ja nur die *eine* Partei des *einen* Führers. Damit aber ist auch der politische Mittelkatalog auf wenige Seiten zusammengeschrumpft, auf eine einzige Lektion, betitelt „illegaler Kampf“. Es ist dies, wie viele Führer Afrikas inzwischen erfahren mußten, eine Lektion, die mit Blut geschrieben ist. Doch es wäre allzu billig, wollte man jene zeihen, die sie studieren oder gar anwenden. Zu tadeln sind die anderen, die sich, hinter einem Stapel selbstgefälliger Dekrete und blindwütiger Verfügungen verschanzt, gegen die Gesetze des Lebens abgeschlossen haben und sich dem Kult der Macht und oft ihrer eigenen Person hingeben.

Einerlei, wie geschickt sie dabei auch taktieren mögen: Das unfreiwillige Ergebnis solchen Handelns wird immer das gleiche sein. Es wird — wie in Togo — mit der Ermordung eines Präsidenten enden, der anfänglich alle auf seiner Seite hatte und sich dann doch über die Bedürfnisse wichtiger Gruppen hinwegsetzte. Es wird, wie im ehemals französischen Kongo, mit dem jähen Sturz eines Politikers enden, der sich selbst für einen Beauftragten Gottes hielt und sich in der politischen Praxis doch gegen die elementarsten christlichen Gebote kehrte. Es wird, wie in Dahome, mit der Amtsenthebung eines Präsidenten enden, der sich für mächtig genug hielt, im Stil eines französischen Kolonialgouverneurs mit Stämmen, Gruppen, Politikern umzuspringen. Oder es wird, wie in Ghana, mit der Furcht eines Präsidenten enden, der sich zwischen zwei Auftritten in der Öffentlichkeit monatelang nicht mehr unters Volk traute und in einem kolonialen Fort hinter dreifachem Sicherheitskordon regiert.

Überall war und ist die Radikalisierung der Opposition und deren Hinwendung zu extremistischem, gewaltsamen Vorgehen die automatische Folge, die zwangsläufige Konsequenz jener Wendung zum Autoritären und Diktatorischen, die für Afrika noch ungewohnter ist als die Wendung zur Demokratie. Keine Nation, so arm und jung sie auch immer sein mag, ist eben so arm an geistigen, sozialen, politischen Kräften, daß der Wunsch nach Mitverantwortung, Mitdenken und Kritik gar nicht erst entstände, sich für immer ersticken ließe. Werden aber elementare menschliche und politische Wünsche und Bedürfnisse zurückgedrängt oder gar gewaltsam unterdrückt, so

müssen sie sich eben eines Tages zu Forderungen verdichten, die sich am Ende außerhalb der amputierten Struktur eines Einparteiens- oder Führerstaates Bahn brechen.

In vielen Fällen ist es freilich mit der bloßen Idee des Widerstandes, der Verschwörung, des Putsches nicht getan. Immer wird die Opposition, einmal an die Wand gedrängt, nach äußerer Unterstützung suchen, und sie wird zumeist auch danach trachten, unter einem Programm anzutreten, das in seinen politischen, sozialen, ökonomischen Leitbildern echte Alternativen verheißt. Hier, glaube ich, sind wir an dem Punkt angelangt, an dem der Kommunismus auf die Dauer in Afrika doch Chancen besitzt. Er verfügt nicht nur über ausgefeilte Techniken illegalen Kampfes, er ist schlechthin eine „*Ideologie der Verschwörung*“, die das Opfer seligspricht, die Gewalt als legitimes Mittel verherrlicht und obendrein den in seinem Namen Handelnden das erhebende Gefühl anbietet, sie handelten im Auftrag der Geschichte, im Sinne eines deterministischen Prozesses.

So betrachtet, ist der Kommunismus unabhängig von der Massenbasis, ist er, zumal in seiner chinesischen Spielform, auch nicht an irgendein Proletariat gebunden, das in Afrika noch nicht existiert. Er ist eine Sache intellektueller Eliten, oder — genauer gesagt — eines dafür psychologisch disponierten Teils der intellektuellen Elite. Das gilt auch und gerade für Afrika. Zu den *potentiellen* Kommunisten dieses Kontinents gehören in erster Linie jene jungen Avantgardisten, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa studiert haben und denen eine An- oder Einpassung in der westeuropäischen Gesellschaft nicht gelang, die vom Kapitalismus, Individualismus, der geistigen und moralischen Anders- und Vielartigkeit Europas verwirrt und abgestoßen wurden, denen es aber dann in vielen Fällen nach der Rückkehr in die Heimat nicht mehr gelang, die ursprünglichen sozialen Bindungen zu erneuern. Ihr persönliches Dilemma wird von ihnen rasch mit dem allgemeinen Dilemma Afrikas gleichgesetzt, um so mehr, wenn ihnen der Anteil an Macht, der Einfluß, die Positionen versagt werden, die sie von der Gesellschaft als selbstverständliche Anerkennung erwarten. Wenn überdies die konventionellen Theorien und Methoden versagen, um rasch die bestehenden Verhältnisse zu ändern, so ist es nur natürlich, daß diese Intellektuellen auf den Kommunismus stoßen, der ihnen — neben anderem — radikale Wendungen verspricht, ihnen in der exponierten Lage und in ihrer extremistischen Grundstimmung obendrein die Erlösung von allen Zweifeln verheißt.

Das mag theoretisch klingen, und doch habe ich in vielen Ländern Afrikas diesen Typ des entwurzelten, radikalen, der aktuellen Situation überdrüssigen jungen Intellektuellen gefunden, der im Kommunismus das Allheilmittel für die Sorgen seines Landes und — das ist mitunter noch wichtiger — seiner ganz persönlichen Nöte sieht. „Viele sind damit einverstanden“, schreibt ein Repräsentant dieses Typs in der internationalen kommunistischen Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, „daß zur Ausrottung der jahrhundertlang gezüchteten äußersten Armut und zersetzenden Korruption in vielen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas etwas notwendig ist, was der unbändigen Energie und Wirksamkeit des Kommunismus gleichen muß“. Und er fügt hinzu: „Zweifelloos wird der eine oder andere im Prozeß der Revolution Schaden erleiden, aber es ist wichtiger, das gelobte Land zu erreichen, als Menschen zu stützen, die sich nicht einig sind und zurückbleiben. Reglementieren ist schlecht, das ist wahr, aber dahinvegetieren ist noch schlechter, und es wird nur günstig sein, wenn der kollektive Wille der Gesellschaft über den Individualismus der Minderheit die Oberhand gewinnt.“¹²⁾

Das sind vertraute Töne. Sie erinnern an den Stil und den Duktus jener intellektuellen Kommunisten, die in Europa und zumal in Rußland weit mehr zum Entstehen einer links-extremistischen Bewegung beigetragen haben als das Heer der angesprochenen Proletarier. Um diese geht es im Afrika der Gegenwart

ebensowenig wie im Europa vor dem Beginn unseres Jahrhunderts, in Rußland vor 1914. Um die Parallele einmal statistisch zu erhellen, seien hier einige Angaben über die Zusammensetzung der Parteitagdelegierten des kryptokommunistischen „Parti Africain de l'Indépendance“ (PAI) im Senegal genannt. Ihnen gehörten an: „Nach Altersgruppen: 16 Prozent von 21 bis 25 Jahren, 11 Prozent von 26 bis 30 Jahren, 54 Prozent von 31 bis 35 Jahren . . . ; nach dem Berufsmerkmal: 43 Prozent Parteifunktionäre (!!), 20 Prozent Arbeiter, 3 Prozent Bauern, 20 Prozent Lehrer (!!), 7 Prozent Studenten, 3 Prozent Techniker und Ingenieure, 3 Prozent Angestellte; nach dem Bildungsstand: 7 Prozent Analphabeten, 30 Prozent mit Grundschulbildung, 15 Prozent mit mittlerer Schulbildung und 48 Prozent (!!) mit Hochschulbildung.“¹³⁾

Setzt man diese Zahlen in Beziehung zur Gesamtgesellschaft des Senegal, so wird deutlich, wie sehr es sich hier beim PAI um eine Ausnahme Partei, eine Intellektuellengruppe, eine elitäre Organisation handelt. Sie mag gegenwärtig ohne realen machtpolitischen Einfluß sein, vielleicht sogar auf lange Sicht ohne machtpolitische Hoffnung. Sie hat auch, bis heute jedenfalls, kaum Schwesterorganisationen in anderen afrikanischen Ländern. Aber das kann sich ändern, radikal und schnell, wenn es den herrschenden Gruppen des neuen Afrika nicht gelingt, eine Situation zu meistern, in der der Ruf nach extremistischen Lösungen allerorten bereits deutlich zu vernehmen ist.

Zusammenfassung

Im Rahmen dieses gedrängten Berichts mußten notwendigerweise wichtige Aspekte der kommunistischen Aktivitäten und Ziele in Afrika ausgeklammert werden. Das gilt vor allem hinsichtlich der Anstrengungen, die die sowjetischen Satellitenstaaten — allen voran der ČSSR und die „DDR“ — in Afrika unternehmen; das gilt für die vielfältige und nicht unbedeutende Kultur- und Radiopropaganda des Kommunismus in Afrika, auch für die wirtschaftspolitischen Ansätze und Operationen des Ostblocks im Schwarzen Erdteil. Das gilt schließlich auch für die Unternehmungen der verschiedenen Frontorganisationen, so des Weltgewerkschaftsbundes, des Weltjugendbundes, der Afroasiatischen Solidaritätsorgani-

sation, des kommunistischen Journalistenverbandes und anderer Vereinigungen.

Alle diese Aktivitäten lassen bis heute keine dramatischen Erfolge oder unmittelbaren Erfolgchancen erkennen. Vieles vollzieht sich bis heute noch unkoordiniert, widersprüchlich, manchmal sogar dilettantisch. Afrika ist auch für den Kommunismus ein neuer Kontinent, dessen Spezifika er noch nicht er- und verarbeitet hat, dessen Menschen ihm fremd sind, dessen Probleme er erst studieren muß, der ihn vor zahlreiche und recht heikle Fragen stellt. Das kann sich ändern. Darauf muß sich der Westen vorbereiten, vor allem aber Afrika selbst. Es ist nicht die Aufgabe unserer kurzen Untersuchung, dafür Rezepte zu entwickeln. Sie müssen wohl letzten Endes von den Afrikanern selbst gefunden werden, denen —

12) Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 3/1962.

13) ebenda, Nr. 1/1963.

begrifflich und berechtigt — jede westliche Bevormundung zuwider ist.

Das mag manchem als eine unbefriedigende Antwort erscheinen. Aber jedem, der die afrikanischen Verhältnisse einigermaßen kennt, wird es klar sein, daß eine Rückkehr zur besserwisserischen Methode der Kolonialzeit nicht mehr möglich ist. Zurückhaltung ist also geboten, Zurückhaltung auch bei der Einschätzung des Abhängigkeitsgrades afrikanischer Länder, Gruppen und einzelner Politiker vom Kommunismus. Das Beispiel Guinea zeigt eindringlich genug, daß Kooperation mit dem Kommunismus nicht automatisch zum Verlust der Handlungsfreiheit und der Unabhängigkeit führen muß, um so weniger, wenn der Nationalismus provoziert und somit zur Aktion gezwungen wird.

In diesem Nationalismus ist ohnehin — so sehr er auch gelegentlich dem Westen zu schaffen machen mag — eine bedeutende Abwehrkraft gegen den Kommunismus zu sehen, die bedeutendste vielleicht gar über-

haupt. Als nächster Faktor wäre der Panafrikanismus zu nennen, dessen Tendenzen und Zielvorstellungen dem kommunistischen Internationalismus diametral entgegentrafen. Und schließlich dürfte auf die Dauer auch der „afrikanische Sozialismus“ zu einem beträchtlichen Gegengewicht des orthodoxen Sozialismus heranwachsen. Er tastet sich heute erst zaghaft nach vorn, ist kaum verbindlich definiert, nur als verschwommenes Ideal vorhanden. Und dennoch reagiert die kommunistische Publizistik schon erschreckt und wütend, wenn vom „afrikanischen Sozialismus“ als einer Verschmelzung überkommener und spezifisch afrikanischer Vorstellungen gesprochen wird.

Diese wenigen Hinweise zeigen schon, daß der Kommunismus nicht nur unangefochten in Afrika vorstoßen kann; er sieht sich vielmehr zahlreichen innerafrikanischen Potenzen gegenüber, mit denen ein Kompromiß oder eine ideologische Koexistenz unmöglich ist. Dem Westen sollte daran gelegen sein, diese Potenzen zu stärken. Und sei es nur dadurch, daß er sie in einem positiven Sinne akzeptiert.